

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 28. April 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang, Nummer 82

Übersendung
der Inseraten-Aufträge
für die
Mai-Nummer!

Preis: 2,10 RM. + 10 Pf. für die Post. Die Kosten der Zusendung sind in Rechnung zu stellen. Die Abrechnung erfolgt am 1. Mai. Die Abrechnung der Inseraten-Aufträge erfolgt am 1. Mai. Die Abrechnung der Inseraten-Aufträge erfolgt am 1. Mai.

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 400 80. Vertikales: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 400 80. Vertikales: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 400 80.

Verschacherung der städtischen Werke Breslaus an das Privatkapital

Die städtischen Werke Breslaus sollen verschoben werden / Der SPD.-Bürgermeister
Mache ist der wärmste Fürsprecher für diese Schiebung / „Gutachter-Kommission“
zur Feststellung der besten Profitmöglichkeiten

Breslau, 27. April

In der am Donnerstag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde man sich, der Öffentlichkeit eine Vorlage des Magistrats zu übergeben. In dieser Vorlage verlangt der Magistrat die Bestimmung einer „unparteiischen Sachverständigenkommission“, die Vorschläge über die bestmögliche künftige Organisationsform der städtischen Werke machen soll. Nötigenfalls sollen die Sachverständigen durch die Aufsichtsbehörde bestellt werden. Was diese Kommission kostet, darüber könne der Magistrat zurzeit noch keine Angaben machen.

Diese Vorlage ist nichts Neues. Der Breslauer Magistrat hat sich schon im vergangenen Jahre in einem Unterausschuß damit beschäftigt.

Die ganze Sache geht darauf hinaus, die städtischen Werke in die Hände des Privatkapitals zu verschachern, und es war niemand anders als der sozialdemokratische Bürgermeister Mache, der der wärmste Fürsprecher für diese Verschöberung war.

„Nationale Wirtschaftsführung“, „größere Beweglichkeit“, „Kapitalbeschaffung“ und (für die Proleten bestimmt) „Verminderung von Entlassungen“, das sind nach Ansicht des Sozialdemokraten Mache die Gründe für die Privatisierung. Man sieht, ausgezeichnete bürokratische Argumente, mit denen bekanntlich seit Bestehen der Arbeiterbewegung die Bürgerlichen gegen den Sozialismus heben. Was sagte Mache wörtlich? Er führte aus:

„Aus allen diesen Erwägungen heraus sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die Umwandlung der Werke in Aktiengesellschaften eine unbedingte Notwendigkeit ist. Nur so ist es möglich, das zum Ausbau und Erhaltung der Betriebe unbedingt notwendige Kapital zu erhalten. Das aber ist Vorbedingung zur Sanierung der Finanzen und den Ausbau und damit zur Erhaltung der Betriebe im Besitz der Stadt.“

Das ist so: Man verschleibt die städtischen Werke in den Privatbesitz mit der Begründung, um sie der Stadt zu erhalten. Das ist dasselbe, wie der berühmte „Kampf der SPD. gegen den Faschismus“ durch die Stützung der Brüning-Regierung. Man kämpft gegen den Faschismus, indem man den Faschismus durchführt.

Wie es hier in Breslau geschehen soll, ist es in anderen Städten schon durchgeführt. Systematisch werden die Betriebe unrentabel gemacht und dann mit dem Argument der Sanierung in Privatbesitz ausgeliefert. Das Ganze nennt sich

„Einkaufswachen in den Sozialismus.“

Auch der Breslauer Magistrat geht seit Jahren dazu über. Statt die Werke auszubauen, hat man bei den Rücklagen im Jahre 1930 drei Millionen, und im Etat 1931 fast vier Millionen gestrichelt. Das Heer der hohen und höchsten Beamten und der Anreiber sind

nicht weniger geworden, aber 400 Arbeiter hat man „hinaustrationalkisiert“.

Heute bringen die städtischen Werke noch 10 Millionen Mark Uberschuß, und diese 10 Millionen Mark will man jetzt dem Privatkapital in den Rücken werfen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat wiederholt nachgewiesen und aufgezeigt, wo gespart werden kann: Bei den hohen und höchsten Gehältern und Riesenpensionen, bei den Polizeizuschüssen. Aber da heißt es, daß solche Maßnahmen „ungefährlich“ seien.

Ungefährlich! Wer fragt denn nach dem Gesetz, wenn die bankrotte kapitalistische Wirtschaft Hunderttausende von Proleten buchstäblich verhungern läßt?

Wer fragt nach dem Gesetz, wenn man den Kleinen Angestellten und Beamten und den Arbeitern die ihnen gesetzlich zustehenden, von ihnen im Laufe langer Jahre buchstäblich abgezogenen und abgehängerten Ruhegehälter und Ruhegehälter fürzt, wer fragt nach dem Gesetz, wenn man den Erwerbslosen die Unterstützung raubt?

Der Pflichtarbeiterstreit in Rothenbach

Wie wir bereits am Freitag meldeten, befinden sich die Rothenbacher Erwerbslosen seit Mitte voriger Woche im Kampf, da sie es geschlossen ablehnten, sich für einen wöchentlichen Hungerlohn von 8-9 Mark im Fort als Waldarbeiter ausbeuten zu lassen.

Am Freitag, dem 24. April, fand nun eine Versammlung dieser Kollegen statt, die sich mit der Lage beschäftigte und in der Genosse Sellig sehr deutlich den rechts erschienenen Kollegen aufzeigte, mit welchen Methoden heute die Regierungsinstanzen und die Lohnnarralen Körperkassen gegen die ausgemergelten und zur Verzweiflung getriebenen Wohlfahrts-erwerbslosen vorgehen. Sie lieferten die Wohlfahrts-erwerbslosen unter den erbärmlichsten Arbeits- und Lohnbedingungen der vollkommenen Ausbeutungswillfür des Unter-

nehmertums aus, ohne danach zu fragen, ob diese Opfer des Massenelends bei voller Arbeit zugrunde gehen.

Die glänzende Kampfesstimmung, die unter den Kollegen herrscht, zeigt, daß sie nicht gewillt sind, im Elend zu verkommen, sondern daß sie kämpfen wollen um eine bessere soziale Zukunft und zusammenstehen werden zur Erzwingung ihrer berechtigten Forderungen.

In der Diskussion mußten selbst die beiden sozialdemokratischen Gemeindevertreter zugeben, daß dieser Kampf der Kollegen seine Berechtigung hat, sie vergaßen nur hinzuzufügen, daß ihre Partei schuld an diesen Zuständen ist, daß die SPD. den kämpfenden Pflichtarbeitern in den Rücken fällt.

Große Empörung herrschte unter den Kollegen, als der Genosse Brüller, der als Kreisabgeordneter an der Versammlung teilnahm, mitteilte, daß die Unternehmer, die diese Arbeiten ausführen, noch ungeheure Zuschüsse für diese Arbeiten bekommen, die zum großen Teil höher sind als das, was sie den Arbeitern an Lohn zahlen. Dadurch bekommt diese Ausbeutergesellschaft die Arbeit umsonst ausgeführt und stecken außerdem noch die Zuschüsse ein.

Ein Stimmung wurde ein

Kampfausschuß von 6 Kollegen gewählt

und nachfolgende Entschlieung einstimmig angenommen:

Die am 24. April in Rothenbach versammelten Wohlfahrts-erwerbslosen, die zu der auf Grund ihrer Arbeitsniederlegung bei den Forstarbeitern sich ergebenden Situation Stellung genommen haben, erklären, daß sie jederzeit bereit sind, zu den in Frage kommenden Tarifkonditionen die Arbeit wieder aufzunehmen, aber es ganz entschieden ablehnen, sich als wöchentliche Ausbeutungsobjekte und Lohnrüder gebrauchen zu lassen

Brotwucher geht weiter

Hirschberg, 27. April. Die Bäckerinnungen des Kreises Hirschberg sind dem Beispiel anderer Städte gefolgt und haben den Brotpreis ab Montag, den 27. April, herausgesetzt. Ein Dreipfundbrot kostet von diesem Tage ab 50 Pf.

Hans Ziegler - Willi Schramm

Kommen am Mittwochabend, 19.30 Uhr, zur Diskussion mit den Kommunisten, um ihre Politik und ihre Haltung auf dem Schweidnitzer Parteitag zu rechtfertigen, und die Anklagen des Genossen

Walter Müller

zu entkräften, wenn sie es nicht vorziehen, feige zu kniefen und jeder Aussprache vor den breiten Massen aus dem Wege zu gehen.

Alle Arbeiter, alle Werktätigen, alle Wähler und Mitglieder der SPD., alle KPD.-Proleten kommen und beteiligen sich an der freien Aussprache und überzeugen sich von der wahren Rolle der Ziegler und Schramm.

Darum heraus am Mittwoch, 19.30 Uhr, im kleinen Saal des Schlewerders

Kronwerke streiken am 1. Mai

Die Belegschaft der Kronwerke hielt eine Versammlung ab, die zu einer Abrechnung mit dem Renegaten Girsch und seinen Lakaien wurde. Der Renegat Girsch entlarvte sich so recht als Agitator der Sozialfaschisten. Wir schrieben schon seinerzeit, daß dieser Renegat nur aus Versehen in der SPD. gewesen ist. Der Genosse R. trat in der Diskussion dem Renegaten Girsch entgegen und forderte die Anwesenden auf, nur mit der SPD., der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, zu gehen. Das brachte den Renegaten aus dem Häuschen und er meldete sich zur Diskussion. Der Vorsitzende, der die Versammlung leitete, mußte dem Renegaten Girsch das Wort entziehen.

Hierauf wurde einstimmig beschlossen, am 1. Mai den Massenstreik durchzuführen und sich am Kampfaufmarsch unter den Losungen des Kommunismus zu beteiligen. Die Versammlung hat deutlich gezeigt, daß durch das Auftreten der Opposition den Reformisten der Schreck in die Glieder gefahren ist und die Kollegen zu denken anfangen. Genossen, weiter vorwärts; auf diesem Wege wird der Sieg unser sein. Mobilisiert alle Betriebsarbeiter zum Massenstreik und Kampfaufmarsch am 1. Mai. Gegen Lohnraub und Faschismus, gegen Steuerraub und Brotwucher, für Arbeit und Brot, für Freiheit und Sozialismus!

Der rote Land- und Forstarbeiterverband für Schlesien gegründet!

Gründungskonferenz in Liegnitz

Am Sonntag tagte in Liegnitz die erste Bezirkskonferenz der Landarbeiter Schlesiens. Mehrere Delegierte hatten sich viele Landarbeiter als Gäste eingeladen, um an der Gründungskonferenz des Einheitsverbandes der Landarbeiter teilzunehmen. Nach der Eröffnung durch den Genossen Senzig und der Wahl des Präsidiums beauftragte der Genosse Senzig als Vertreter der Bezirksleitung der SPD. und des Bezirkskomitees der KPD. die Konferenz. Er wies darauf hin, daß der Kapitalismus durch die Anwendung schändlicher Regierungsmethoden die Ausplünderung des werktätigen Volkes durchführt. Der Vorstoß der Bourgeoisie erfordert, daß das Proletariat mit schärferen Waffen im Klassenkampf antwortet. Die Landarbeiter sind hierzu durch die Gründung des roten Landarbeiterverbandes das höchste zu schaffen, das gestützt auf das Vertrauen der Landbevölkerung, die Gegenoffensive der Landarbeiter gegen die Junker führen wird. Die SPD. und die KPD. begrüßen diese Konferenz und geloben, die Landarbeiter in ihrem Kampf um Arbeit und Brot mit aller Kraft zu unterstützen und zu führen.

Nach weiteren Begrüßungen durch die Partei- und Massenorganisation von Liegnitz, und nach der Verlesung eines Begrüßungsbeschlusses der streikenden Landarbeiter von Danzig und der internationalen Landarbeiterkonferenz von Berlin sprach der Genosse Weddermayer, Düsseldorf. Er zeigte treffend das Elend der Landarbeiter auf und besonders das miserable Existenzminimum. Die Landarbeiter stehen politisch unter Ausnahmestellung. Ihre Landarbeitsordnung, Betriebsrätegesetz und Sozialversicherung sind bedeutend schlechter wie die der Industriearbeiterschaft. Alle diese Gesetze, die von Sozialdemokraten geschaffen wurden, zeigen

auch den reaktionären Kurs der sozialdemokratischen Bürokratie gegen die Arbeiterschaft. In Hund von vielen Beispielen zeigte Genosse Weddermayer deutlich die Rolle der Sozialdemokratie und der Nazis als Stützen der Brüning-Regierung und der kapitalistischen Klasse. Weil die Bürokratie des DPA. aufs engste mit der Bourgeoisie verbunden ist, führt sie auch den Lohnabbau durch. Die Landarbeiterschaft hat in ihrer Not nur einen Freund, und dieser einzige Freund und Führer ist die kommunistische Partei und die KPD. Jetzt heißt es, den roten Einheitsverband aller Landarbeiter zu schaffen. Die erste und wichtigste Aufgabe des Einheitsverbandes ist die Schaffung von roten Ortsräten. Fordert von der Partei, daß sie alles tut, um die Landarbeiter für die revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen, damit die Landarbeiter unter Führung des roten Land- und Forstarbeiterverbandes eines Tages nicht nur Vorpostengefechte durchführen werden, sondern damit sie zur Gegenoffensive übergehen und die Fahne des Sozialismus auf die Dächer der Gutshöfe pflanzen.

Die Diskussion ergab ein gutes Bild von den Verhältnissen auf dem flachen Lande. Es zeigte sich, daß die Landarbeiter jegliches Vertrauen zu den DPA.-Kongressen verloren haben, und daß nicht nur die Unorganisierten, sondern auch die Mitglieder des DPA. auf die Gründung des roten Land- und Forstarbeiterverbandes warten. Eine Landarbeiterfrau zeigte auf, wie die Landarbeiter von den DPA.-Kongressen belogen und betrogen werden und fordern von den Delegierten, daß sie ihre Frauen mitnehmen sollen im Kampf um Arbeit und Brot, daß sie Aufklärung schaffen sollen bei der werktätigen Bevölkerung.

Nicht vergessen!

Maxnummer der „Arbeiter-Zeitung“ besteller! Die Maxnummer der „Arbeiter-Zeitung“ ist reichhaltiger und erscheint in tiefer Auflage!

Werbe Leser!

Sammle Inserate!

Stärke deine Waffe,

die „Arbeiter-Zeitung“!

Faschisten überfallen Arbeiter

Meinwig. Verspätet haben wir erfahren, daß am 8. April der parteilose Arbeiter Alois Schmidt aus Schemowitz, bei Laband, auf dem Nachhauseweg von Nazis überfallen worden ist. Schmidt war auf dem Heimwege von einer Demonstration, die in Laband stattgefunden hatte. Wie Zeugen berichten hat dieses Gefährliche Arbeiter überfallen und blutig geschlagen. Am 9. April drangen die Nationalsozialisten Josef Fieger, Josef Simmel und Josef Regulla, sämtlich aus Laband, in die Wohnung des Schmidt und haben ihn so mißhandelt, daß er Aufnahme im Krankenhaus finden mußte.

Diese beiden Fälle zeigen, daß diese Mordriegen auch in Oberschlesien beginnen, wieder frecher an die Bildsäule zu treten. Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß aus diesen beiden Fällen Veranlassung nehmen, den Abwehrkampf in weit verstärkter Form gegen den Faschismus zu führen. Sinein in den Kampfbund gegen den Faschismus! Schmeißt die eiserne Kampffront gegen die Hitler-Banden! Demonstriert in wuchtigen Massendemonstrationen am 1. Mai eure Kampfbereitschaft!

Nazi-Bluttat in Czarnowanz

Oppeln. Am Donnerstag voriger Woche zwischen 12 und 1 Uhr nachts wurde das Ueberfallkommando Oppeln nach Czarnowanz gerufen, weil einige Bewohner von Czarnowanz von Nazianhängern bedroht und der Arbeiter Kessler bereits von dem Nazi „Helden“ Gallar durch zwei Obergeschenkschüsse schwer verletzt worden war. Der Vorfall spielte sich in dem Lokal Poppe — früher Pollack — ab. In welcher gemeinen Weise die Nazi-Anhänger, insbesondere Gallar, gegen die anderen Menschen vorgehen, geht am besten daraus hervor, daß Gallar noch auf der Straße Schüsse abfeuerte, wobei die Kugeln in das Schlafzimmer des Gastwirts eindrangen und einen halben Meter über dem Bett des Kindes in die Wand einschlugen.

Schon seit einiger Zeit versuchen die Nazis in Czarnowanz, insbesondere aber der Bandit Gallar, die Bevölkerung von Czarnowanz zu provozieren. Schon am 19. Februar waren in demselben Lokal die Nazianhänger zusammengezogen worden, die dann mit 5 Liter Schnaps in die nötige „nationale“ Stimmung versetzt worden waren und die dann nach dem Ausbruch der Vorgänge in der Nacht von vorgestern die übrigen Gäste in der gemeinsten Weise beschimpften, um eine Schlägerei zu provozieren.

Diese neue Nazi-Bluttat muß wie ein Alarmruf auf die Arbeiterschaft wirken. Beachtet sie diesen Alarmruf nicht, so wird das schändliche Mordgeschehen noch frecher auftreten; das Leben eines jeden klassenbewußten Arbeiters ist immer mehr bedroht. Die Polizei und die Justiz lassen den Täter immer noch auf freiem Fuß. Damit wird diesen Halunken die Möglichkeit gegeben, sich „reinzuwaschen“.

Schiedspruch für die schlesischen Textilproleten verbindlich

Berlin. Vom Reichsarbeitsminister ist der Schiedspruch für die schlesischen Landarbeiter für verbindlich erklärt worden. Die alten Löhne bleiben danach bestehen. Die Arbeitgeber hatten bekanntlich eine Lohnherabsetzung gefordert.

Rein Ferienaufenthalt für kranke Proleten Kinder

In früheren Jahren wurden durch die Schulen zahlreiche Berliner Kinder unentgeltlich in das Kindererholungsheim Rappoltitz auf S 11 geschickt.

In diesem Jahre müssen die Eltern infolge der Sparmaßnahmen der Stadt

für Kinder unter 14 Jahren 2,70 Mark täglich, für Kinder über 14 Jahren 3,20 Mark täglich zahlen. Das bedeutet also praktisch, daß kranke, erholungsbedürftige Kinder nicht mehr verschickt werden können, denn Arbeitereltern können diese Summen nicht aufbringen.

Oppositionskonferenz der Hamburger SPD- und KPD-Mitglieder

Sie fordern gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten!

Hamburg, 27. April. (Ein. Ver.) Am Austrage eines vorbereiteten Ausschusses zur Organisation einer Oppositionskonferenz von SPD- und KPD-Mitgliedern veröffentlicht der ehemalige SPD-Funktionär Max Müller aus Hamburg in vorkommender Hamburger Fremdenblatt einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die klassenbewußten Elemente in der SPD. beginnen sich zu einer Arbeiteropposition zusammenzuschließen. Sie werden gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft und den Kommunisten den Kampf um ein freies sozialistisches Deutschland führen. Wir haben für den 10. Mai eine Konferenz oppositioneller Mitglieder der SPD., des Reichsbanners und der KPD. einberufen. Genossen und

Genossinnen! Laßt euch nicht durch die Hege der sozialdemokratischen Führer gegen uns täuschen. Sorgt dafür, daß die Einheitsfront des Proletariats geschmiedet wird. Vorwärts für den Sozialismus!“

In der „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlicht ein vorkommender SPD-Arbeiter, der über 20 Jahre in der SPD. organisiert war, einen Brief, in dem es heißt:

„Wir haben es satt, das ewige „kleinere Uebel“ zu schlucken. Darum bin ich der SPD. beigetreten. Sie ist die einzige klassenbewußte Arbeiterpartei, die uns zum Sozialismus führen kann.“

Zum roten Verbandstag der Bergarbeiter

Von Albert Junke

Die Bergarbeiter haben die Unternehmer an der Ruhr gezwungen, sich nicht nur den Berg- und Metallarbeitern des Ruhrgebietes, sondern der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands, und allen den Bergarbeitern in allen Bergbauregionen und in allen anderen kapitalistischen Ländern. Die Unternehmern zur Verschlechterung des Mantelarbeits, die die Unternehmern zum ersten Mal bekanntgegeben haben, werden nun den Bergarbeitern als eine Etappe, die dem jetzigen Zeitpunkt entspricht, bekanntgegeben. Die Arbeiter erklären sie, daß sie diesmal von den Unternehmern zum ersten Mal in den Punkten im Mantelarbeits abgelehnt werden. Für die Arbeiter ist alles, was nach Erzeugung von Arbeit für die Bergarbeiter in harten Kämpfen gemacht haben,

Wann wird sich die Arbeiterklasse gezwungen, classenbewußte voranzutreiben? Diese Leute waren doch sonst so draufgängig! Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Der Angriffskrieg der Bergarbeiter an der Ruhr und der Solidaritätsstreik der Bergarbeiter in Oberhessen steht diesen Leuten noch in den Gliedern. Nicht zuletzt hat der Sieg der roten Einheitslisten bei den Betriebsrätewahlen in allen Steinkohlenrevieren mit dazu beigetragen, den Unternehmern bestimmte Schranken in ihrem Vorgehen aufzuerlegen. In einer Front konnten Unternehmern und Gewerkschaftsbürokratie im Kampfe gegen die roten Einheitslisten. Was ihnen nicht durch Terror, durch Drohung mit Entlassungen, gelang, das glauben sie mit dem Märchen, wir hätten die Bergarbeiter durch den „blutigen“ Streik um Lohn und Urlaub gebracht, zu erreichen. In den Revieren, wo der Einheitsverband besteht und Betriebsräte gewählt sind, wie im Ruhrgebiet, in Oberhessen und Niederschlesien und im Saarrevier, wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Rote Einheitslisten	90 611 Stimmen
Reformisten	100 520 Stimmen
Schritten	68 736 Stimmen.

90 611 Bergarbeiter, mit Löhnen von 100 bis 120 Mark und den Braunkohlenrevieren sind es über 100 000, haben sich für den sogenannten „Buzich“, den von der KPD. organisiert wurde, ausgesprochen und die freibürgerlichen Reformisten und Schritten eine empfindliche Niederlage bereitet. Der Sieg der roten Linien ist gleichzeitig ein Beweis der Massen zum Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands, eine Billigung der Gründung roter Gewerkschaften in Deutschland. Wir sind auf dem besten Wege, die entscheidende Mehrheit der Bergarbeiter zu erobern, den Einfluß der verbrecherischen Gewerkschaftsbürokratie zu vernichten.

Diese Tatsache stellt den Einheitsverband vor große Aufgaben, die den Verbandstag ausfüllen werden. Der Einheitsverband — dort wo er noch nicht besteht, die Industriegruppe Bergbau — muß alle Kräfte mobilisieren, um die Bergarbeiter ganz Deutschlands zum entscheidenden Kampf gegen die Generaloffensive der Unternehmer zu organisieren. Dabei sind alle Erfahrungen der letzten Streikbewegungen auszuwerten und alle erforderlichen Mittel anzuwenden, um den Streik der Bergarbeiter für ganz Deutschland auszulösen. Denn nur dadurch wird verhindert, daß die Unternehmer ihre Raubpläne heimlich verwirklichen können. Große Bedeutung hat der engen Verbindung mit den Nordwest-Metallarbeitern schon in der Vorbereitungsperiode beizumessen. Das erfordert die Mobilisierung der Schichtgruppen, die Bedienung der revolutionären Initiative und große Selbständigkeit. Nur durch die Schichtgruppen werden wir zur

Schaffung der vorantretenden Kampfaußenposten und somit zur Streikreifmachung der Schächte kommen. Mit diesen Fragen wird sich der Verbandstag zu beschäftigen haben.

Die guten Erfolge bei den Betriebsrätewahlen sind aber auch ein Beweis dafür, daß wir in ungenügendem Maße verstanden haben, die Massen der Bergarbeiter organisatorisch im Verband zu erfassen. Nicht in Worten, sondern in der Tat gilt es, die roten Wähler in den Einheitsverband einzugliedern, durch breiteste proletarische Demokratie in unserer Organisation und eifrigsten Arbeit bei der Organisation des täglichen Kampfes, durch Schulung unserer Betriebsräte, damit sie Führer der Belegschaften in allen kleinen Tageskämpfen der Bergarbeiter, deren Helfer und Berater als auch politische Führer werden. Wir schaffen so die beste Voraussetzung für eine Massengewerkschaft, um gleichzeitig den Einfluß der freibürgerlichen Gewerkschaftsbürokratie — den wir politisch schon zurückgeschlagen haben — auch organisatorisch vollständig zu liquidieren.

Der rote Verbandstag wird zu all diesen Fragen Stellung nehmen. Er wird somit ein Meilenstein in der Geschichte der Entwicklung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands und der Bergarbeiter überhaupt sein.

Bergarbeiter, schickt aus den Schächten und Gruben Delegierte zum ersten roten Verbandstag des ersten roten Verbandes im Reichsmantel und helft mit, schnell und rasch einen Verband zu schaffen, dessen Mitgliederzahl nicht hinter dem Betriebsratswahlergebnis zurückbleibt. Helft mit, den Streik der Bergarbeiter ganz Deutschlands zu organisieren!

Manöver der „Linken“ zum Parteitag

Die neun oppositionellen SPD-Abgeordneten, die mit der kommunistischen Fraktion gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, geben sich alle Mühe, vor dem Parteitag ein Ablenkungsmanöver zu inszenieren. Wird auf dem Parteitag die politische Frage gestellt, dann müssen sie neun vor aller Öffentlichkeit konfessieren, daß ihre Abstimmung eine leere Demonstration ohne Bedeutung war, und daß sie nur den Zweck verfolgten, die empörten SPD-Arbeiter zu täuschen. Deswegen suchen sie jetzt nach einem Ausweg, der es ermöglichen soll, die politische Angelegenheit zu verschleiern.

Zu diesem Zweck soll die Abstimmung nicht als eine politische Angelegenheit, sondern als eine „Disziplinfrage“ gestellt werden. Auf dieses Manöver arbeiten alle „Linken“ jetzt gemeinsam hin. Aber nicht nur die neun, sondern auch die übrigen „linken“ Gauller. Das ist im Einverständnis mit dem Parteivorstand geschehen, zeigt, daß auch die übrigen die Panzerkreuzer-Abstimmung zu einer Disziplinfrage macht. In einer Versammlung in Berlin erklärten: Seiten-Kämpfer:

„Der Disziplinbruch der Neun hat der Partei nur geschadet, denn im Augenblick des Feindes darf es das nicht geben.“

Jeder müsse sich klar sein, daß er ein Stück von seiner persönlichen Freiheit im Interesse der Organisation aufgeben müsse. Die Abstimmung für den Panzerkreuzer habe die Pläne der Gegner zu schanden gemacht. Manöver erklärt dann, daß der Sturz Kriess und die Zerlegung der Partei auf die Pläne der SPD. zurückzuführen ist.

Die Künstler, so versucht auch Dettlinghaus, die Panzerkreuzerangelegenheit zur Disziplinfrage zu machen. In einer Versammlung in Dortmund erklärte er:

„Die Disziplin müsse natürlich über alles stehen, ohne Disziplin könne keine Partei auskommen.“

Engelbert Graf bringt in der „Leipziger Volkszeitung“ zwei Entschuldigungsartikel und wirft darin der Mehrheit Disziplinbruch vor. Aber auch er erklärt, wie das Dettlinghaus und Ziegler machen, der Mehrheit solle nicht bestritten werden, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen“ gehandelt habe.

Die „Linken“ führen dieses Manöver jetzt durch, damit der Parteitag ihnen jetzt wegen des Disziplinbruchs Absolution erteilt. In der Disziplinfrage kann und wird der Parteivorstand einige Konzeptionen machen, in der politischen nicht.

Die SPD-Arbeiter dürfen sich durch diese Manöver nicht ablenken lassen, sie müssen die klare Erörterung der politischen Fragen fordern. Dann wird die imperialistische, reaktionäre Politik der SPD. und das Abstimmungsmanöver der „Linken“ entthüllt werden müssen, dann werden die Arbeiter sehen, daß sie von den „Linken“ nichts zu hoffen haben und daß es nur einen Weg gibt für den Befreiungskampf: sich einzureihen in die Kampfformationen unter Führung der KPD. Die Breslauer Arbeiter kommen am Mittwoch zum Diskussionsabend im kleinen Saal des „Schiefwerders“, zu dem Ziegler und Schramm eingeladen sind, und hören, wie sich die „Linken“ von den Anklagen vertheidigen werden.

Breslau

Der 1. Mai!

Unter Millionen schleicht grausam die Not,
Unter Millionen Verzweiflung, Elend, Jammer,
Proleten, erwacht, vor euch steht der Tod,
Marschliert mit uns, unter Sichel und Hammer.

Es schlägt, schlägt, nicht die Tyrannenbrut
Täglich, lächelnd ins schaffende Herz.
Sie prassen, schmelzen vom Arbeiterblut,
Die Kapitalshämen durch unseren Schwerg.

Bis hierher und nicht weiter, ihr SPD-Genossen,
Es mahnen die, die wir zu Grabe tragen,
Tausende Körper sind zerlegt und erschossen.
Steht einig! Für euch sind sie blutig geschlagen.

Wenn uns auch Lüge, Verleumdung schmähend umkreist:
Christ aber bricht das Eisen schicksallicher Ketten,
Denn in uns steht hochhart Lenin, sein Geist!
Es gilt, das Volk von der Profitpest zu retten!

Dann hebt höher die Fäuste zum Schwur am 1. Mai!
Kampf den Knechten, Kampf dem Freiheitschänder!
Die sozialistische Diktatur, sie macht euch frei!
Bereinigt euch jetzt! Proletarier — aller — Länder!!
e. Müller.

Bereitet den Schulstreik am 1. Mai vor!

Der 1. Mai 1931 trägt das Zeichen des stärksten wirtschafts-
politischen und politischen Kampfes des deutschen Proletariats gegen
wirtschaftliche Verelendung und politische Rechtsmache. Die gegen
die wertvolle Bevölkerung geführten Schläge wirken sich auf die
Lebensbedingungen der jüngsten Generation, der Arbeiterkinder, be-
sonders aus. Die Erwerbslosigkeit und der Lohnabbau bei den noch
im Betriebe stehenden Arbeiterkinder, die Streichung aller sozialen
Ausgaben für die Kinder des wertvollen Volkes, die Sparmaßnahmen
in den Volksschulen verschlechtern das freudlose Dasein des Arbeiter-
kinder mehr und mehr. Sie erfordern gleichzeitig von der gesamten
Arbeiterkinder die Organisation des Kampfes gegen Sozial-, und
Kulturreaktion. In diesem Kampfe muß das Arbeiterkind als aktiver
Kämpfer mit einbezogen werden.

Am 1. Mai Schulstreik

Die Parole aller Arbeiterkinder und der gesamten Arbeiterkinder.
Kein Arbeiterkinder, kein Arbeitermädchen darf am 1. Mai, dem Kampf-
tag der drei Generationen, die Schule besuchen. Die machtvolle
Durchführung des Schulstreiks erfordert Vorbereitung. In jeder
Klasse müssen Schülerversammlungen stattfinden, in denen die
Arbeiterkinder für die Teilnahme am Kampf für ihre Interessen
mobilisiert werden. In gemeinsamer Beratung aller Arbeiterkinder
müssen Kampfpläne aufgestellt werden, die die lokalen Forderungen
mit den allgemeinen Parolen verbinden und die Kinder für die erfolg-
reiche Führung des Kampfes gegen die Spar- und Abbaumaßnahmen,
gegen die Falschlieferung der Schule und gegen die Prügelstrafe
sammeln. In allen Schulen gilt es, rote Schulvorposten, die
Einheitsfrontorgane aller Arbeiterkinder, gleich welcher Organisation
sie angeschlossen, zu schaffen. Neben der Teilnahme an der allgemeinen
Mobilisierungsarbeit ist es unsere besondere Aufgabe, als rote
Sportkinder, die in den reformistischen und bürgerlichen Sport-
verbänden organisierten Arbeiterkinder für den gemeinsamen Kampf
zu gewinnen.

Der 1. Mai ist gleichzeitig der Auftakt zur 11. Internationalen
Kinderwoche, die in der Zeit vom 1. bis zum 14. Mai stattfindet
und unter aktiver Teilnahme aller revolutionären Kinderorganisationen
durchgeführt werden muß. Die KJWB muß für uns als rote Arbeiter-
sportler der Auftakt für die Mobilisierung der Kinder zur Spartakiade
sein. In der Zeit vom 1. bis zum 14. Mai haben wir die Aufgabe,
unter Beteiligung aller Arbeiterkinder, gleichgültig, welcher Organi-
sation sie angehören, Kinderspartakiaden durchzuführen. Dem Welt-
kindertag der reformistischen Sportinternationale, der unter der
Parole „Viel Freude“ durchgeführt wird, müssen in jedem Ort, in
jeder Stadt unsere Kinderspartakiaden, die unter den Parolen des
Kampfes gegen den Raub der Uebungsstätten, gegen die Entziehung
der Fahrpreismäßigung, gegen Schulfalschismus und Prügelstrafe,
für die Spartakiade der KJWB. entgegengestellt werden.

Tödlicher Verkehrsunfall

Auf der Julius-Schottländer-Straße ereignete sich
am Montagmorgen ein schwerer Unfall. Der 31 Jahre alte Wirt-
schaftsleiter Ewald Wiedorn aus Jordanmühl fuhr mit seinem
Personenkraftwagen in übermäßiger Geschwindigkeit von Richtung
Kaiser-Wilhelm-Straße nach Klentendorf. Etwa hundert Meter
hinter der Bahnunterführung verlor Wiedorn in einer Linkskurve die
Gewalt über seinen Wagen und fuhr nach links gegen einen starken
Baum. Durch den Anprall wurde der vordere Teil des Autos zu-
sammengedrückt und der Fahrer auf seinem Führersitz eingeklemmt.
Erst die Feuerwehr konnte den Schwerverletzten mit Verletzen aus seiner
Lage befreien. Er wurde mit dem Unfallauto in das Wenzel-Hande-
krankenhaus geschafft. Bei der Entlassung war er jedoch bereits
verstorben.

Freier Radiobund

Am kommenden Mittwoch, dem 29. d. M., findet im „Selben
Loben“ eine Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen jedes
Funktgenossen ist unbedingt erforderlich. Auf der Tagesordnung
steht neben wichtigen anderen Fragen eine Diskussion über die Be-
teiligung des FRB. an der Maidemonstration. Kein
Genosse darf unentschuldig fehlen.

Die neue Anschrift des Freien Radiobundes lautet: Peter
Ball, Monchhauptstraße 6.

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund Solidarität, Ortsgr. Breslau.

Alle Sportler, die nach Wien zur Olympiade fahren wollen,
melden sich umgehend mit genauer Adresse und Angabe, ob mit
Fahrrad, Motorrad oder Sonderzug bis zum 1. Mai an Genossen
Arthur Lorenz, Nordstraße 32, Stb. II, rechts.

Stadtteil Nord. Die 1.-Mai-Feier findet ab 18 Uhr in Dömitz
bei Knoblich statt.

Die IWA. im Kampf gegen Kulturreaktion

Als Antwort auf die von der Kulturreaktion unter Führung des
Papstes geführte Kampagne gegen den sogenannten Kulturbolschewis-
mus veranstaltete die Internationale Arbeiterhilfe je eine Kund-
gebung in Breslau und Wien mit dem Thema: „Kultur und
Wirtschaft in der Sowjetunion“, die einen glänzenden
Verlauf nahmen.

Frau Bauwirtschaftsrat Tina Schmidt, die nicht als
Delegierte einer proletarischen Organisation, sondern völlig unbeeinflusst durch eine Partei
auf eigene Kosten fast sieben Monate die Sowjet-
union besuchte und Gelegenheit hatte, den wirtschaftlichen und
vor allen Dingen den kulturellen Aufbau in der Sowjetunion zu
studieren und mit zu erleben, verstand es glänzend, durch ihre einfache,
aber überzeugende Sprache, die ungeheuren kulturellen Fortschritte in
der Sowjetunion aufzuzeigen.

Mit Bewunderung sprach die Referentin von der aufopfernden
Tätigkeit und der Begeisterung, mit der auch der letzte russische Ar-
beiter am Aufbau des Sozialismus arbeitet. Ungeheuer groß sei der
Bildungsdrang in allen bevölkerten Schichten der Sowjetunion.

Starke Beifall erteilte die Referentin über ihren Bericht
besonders Frauenarbeit, Eherecht und Kindererziehung. Das Problem
der Kindererziehung wurde von ihr in ausführlicher Weise geschildert,
und zwar gerade deshalb, weil von der antibolschewistischen Liga
gerade auf diesem Gebiet versucht wird, ihre Schmutzblätter aus-
zuschütten. Sie berichtete eingehend über die einzelnen Kinderkrippen,
über das kulturell hohe Niveau, auf dem die russischen Kinder bereits
stehen. Vollständig kameradschaftlich verkehrten
die Lehrer und Kinder miteinander.

Der starke Beifall und die überaus große Fragestellung an die
Referentin zeigten, daß gerade die kulturellen Fragen in der Sowjet-
union große Schichten der wertvollen Bevölkerung interessieren und

Es weckt hinein in die bürgerlichen Kreise ein starkes Interesse für
Sowjetrußland vorhanden ist.

Die Fragen, die vor allen Dingen in Breslau von den Frage-
stellern gut durchdacht waren, wurden von der Referentin eingehend
beantwortet, und wiederum brachten sie eine Fülle von neuem
Material. Wohl selten waren Versammlungen so interessant. Immer
wieder traten in den Reihen, vor allen Dingen in Wien, die Ver-
sammlungsbesucher an die Referentin heran, um recht viel noch über
das kulturelle Leben der Sowjetunion zu erfahren. In beiden Ver-
sammlungen erteilte sie starken Beifall.

Genosse Reimann vom Landesvorstand der IWA. wies in
kurzen Schlussbemerkungen darauf hin, daß es Aufgabe der deutschen
wertvollen Bevölkerung sei, alles zu tun, um eine große Solidaritäts-
aktion für die Sowjetunion einzuleiten. Mit Haß, Lüge und Ver-
leumdung versuchen die kapitalistischen Mächte, den Aufbau des
Sozialismus zu sabotieren, um ihn zu verhindern. Die ungeheuren
Mühseligkeiten der kapitalistischen Mächte zeigen immer klarer und deut-
licher die Interventionsabsichten gegen die Sowjetunion. Ein-
treten für die Sowjetunion heißt zu gleicher
Zeit organisieren den Kampf um Befreiung des
deutschen Proletariats von der Knechtschaft des
Kapitalismus, dazu ist notwendig die Schaffung
einer großen, starken Massenorganisations-
organisation, die Internationale Arbeiterhilfe. Eine
Anzahl Neuaufnahmen waren der äußerliche Erfolg der Versamm-
lung. Stärker jedoch liegt der Erfolg in der Tatsache, daß viele Ver-
sammlungen unzweifelhaft die Liebe zum Vaterland aller Proletarier
zur Sowjetunion, verstärkt und befestigt haben.

Die nächsten Versammlungen finden statt in Striegan am
29. April, und in Schwelbitz am 30. April.

Mai-Ordner und Funktionäre!

Am Donnerstag, 20.30 Uhr, Sitzung aller Maiordner und Funktionäre
aller Massenorganisationen und Parteibetriebe im Oderstrom, Uferstr. 48

Der Polizeipräsident begibt sich zum Kampftag.



Aus der Mai-Nummer des „Eulenspiegels“.
Preis 20 Pfg.

Besucherkreis der „IWA“

Heute, Dienstag, abend im „Bergkeller“
Mitgliederversammlung.

1. Zweiter Vortrag von Gansdorf über den Fünfjahrplan. Papier
und Bleistift mitbringen.
2. Rüstung zum 1. Mai. 3. Verschiedenes.

Zwei Ruffenfilme

Die IWA zeigt am Sonntag, dem 3. Mai, um 10 Uhr im Zentral-
balltheater, Westendstraße 50/52, die beiden Ruffenfilme „Kanonen
oder Traktoren?“ und „Panzerkreuzer Potemkin“ in einem Pro-
gramm.

Der erste Film stellt Kultur- und Arbeitsverhältnisse in Sowjet-
rußland denen in den kapitalistischen Staaten, besonders Amerika,
gegenüber: Grenzlose Ausbeutung, Arbeitslosenelend, Kriegs-
rüstungen und Schlimmen einer dünnen Schicht auf der einen Seite,
Siebenfundentag, Arbeit für alle, gesunde Wohnungen und Erholungs-
heime für die Wertvollen in der Sowjetunion auf der anderen Seite.

Über den zweiten Film „Panzerkreuzer Potemkin“ erübrigt sich
jedes Wort. Er ist immer noch unerreicht und der Film aller Filme.
Er ist das Meisterwerk des Regisseurs J. M. Eisenstein, der das
Schlachten des russischen Proletariats vor der Revolution, die
grenzenlosen Barbareien des Zarismus in enier Handlung von un-
erreichter Wirkungskraft schildert.

Eintrittspreise: Erwerbslose 30 Pfennig, Vollarbeiter 55 Pfennig
einschließlich Kartenschein.

Capitol. „Gefahren der Liebe.“ Ein „Kultur“-Tonfilm,
der zeigt, daß die Syphilis durch künstliche Erzeugung von Malaria-
fieber mit Sicherheit geheilt werden kann. Die Spielhandlung, in
welche die wissenschaftlichen Erläuterungen eingebaut sind, ist etwas
läppisch. Fast schon langweilig wirkt die geradezu profane Sauberkeit
der Szenarie. Ob Gefängnislazarett, ob staatliches Rüstergut, ob
Syphilisklinik oder Schwurgerichtssaal — überall ein bombastisches
Komfort, wie er in solchen phantastischen Filmen beliebt ist. Eine
unbeachtliche Satire die Arztwitze auf der Syphilisklinik: eine
Kavalade weißbittelterer Wichtigtuer, arrogant schnarrend — ge-
wissermassen die medizinische Wissenschaft als Unterabteilung des
preussischen Kommisbetrübes. Leider meinen die Filmemacher das
bitter ernst und nicht etwa als Hohn. — In den Hauptrollen: Toni
van Gnd. Albert Wassermann, Adalbert von Schietton.

Mittelschlesien

Der geschäftstüchtige SPD-Gemeindevorsteher

M. R. Marschewitz. In unserer Gemeinde fungiert als Gemeindevor-
steher ein „Genosse“ Scholz, der neben seinem Amt auch einen
Laden hat. Nun hatte dieser Tage ein ehemaliger Parteigenosse des
Herrn Scholz, der aber inzwischen die Panzerkreuzerpartei verlassen
hat, das Recht, in nähere Beziehungen zu Scholz zu treten. Er hat
einen Sohn, der arbeitslos wurde und nun versuchte, in den Besitz
von Wohlfahrtsunterstützung zu gelangen. Dieser hatte seine Arbeits-
stelle aufgegeben, weil er glaubte, an einer Infektionskrankheit zu
leiden. Er ging in die Klinik und es stellte sich dann heraus, daß
seine Annahme irrig gewesen war. Aber da er dadurch „freiwillig“
die Arbeitsstelle aufgegeben hatte, hatte er keinen Anspruch auf Er-
werbslosenunterstützung. Nun sollte er aber auch die Wohlfahrts-
unterstützung nicht bekommen, denn als der Vater sich beim Gemeindevor-
steher erkundigte, wurde ihm gleich bedeutet, daß es mit der Unter-
stützung nichts werden wird, obwohl sein Sohn schon sechs Wochen
um die Unterstützung gekommen war. Offen wagte aber der Gemeindevor-
steher das nicht zu sagen. Schließlich erhielt er von der zuständigen
Stelle Befehl, daß die Unterstützung abgelehnt sei, weil der Ge-
meindevorstand sich dagegen ausgesprochen hatte. Nun stellte aber
der Arbeiter fest, daß dies ausschließlich auf Veranlassung des Vor-
stehers geschehen war.

Die Gründe für dieses Verhalten dürften in der Hauptache dar-
auf zurückzuführen sein, weil der Gemeindevorsteher dem Antrag-
steller aus politischen Gründen nicht gut gesinnt ist und weil dieser
auch nicht zu seinen Kunden zählt, denn es steht fest, daß in anderen
Fällen der Gemeindevorsteher durchaus nicht so kleinlich bei den
Unterstützungen ist. Aber er mag sich gesagt sein lassen, daß die Ar-
beiterkinder sich diese Methoden nicht auf die Dauer gefallen lassen
wird. Wir verlangen, daß der Gemeindevorsteher nach den Grund-
sätzen die Unterstützung zahlt, zu denen er verpflichtet ist und alles
andere habe aus dem Spiele zu bleiben. Sollte diese Antrange-
rung seiner Methoden nicht genügen, dann wird die Arbeiterkinder
Veranlassung nehmen, öffentlich dazu Stellung zu nehmen.

Tierquälerei auf dem „Mastergut“ Borganie

Durch den vor kurzem auf diesem Gute durchgeführten Streik
ist ja Borganie ziemlich „berühmt“ geworden. Die Behandlung, die
man dort den Arbeitern zuteil werden läßt, macht es nicht ver-
wunderlich, daß man mit noch viel mehr Brutalität mit den Tieren
umgeht.

Eine hochtragende Stute wurde am 24. April bis zum letzten
Augenblick für den Profit gequält. Im Beisein von einer großen
Anzahl Kinder gab dann das ausgehungerte Pferd einem jungen
Fohlen das Leben. Als „Hebamme“ fungierte der Streikbruchorgani-
sator Oberhäfer Hoffmann.

Da nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß sowohl
dem nazistischen Gutsbesitzer als auch dem Streikbruch, „helden“ der
Zustand des Tieres bekannt war, wäre es Aufgabe des Tierchutz-
vereins, dieser rohen Gesellschaft beizubringen, was rechtens ist.

Den Bruder erschossen

Brieg. Der 14jährige Sohn des Obermeisters Bednag, der auf
dem Ueberhörschen Gute in Jägerndorf, Kreis Brieg, beschäftigt ist,
erschloß beim Spielen mit einem kleinen Leßching seinen 11jährigen
Bruder. Der Schuß traf mitten ins Herz, so daß der Tod sofort ein-
trat. Der Ältere wurde, nachdem man ihn überall gesucht hatte,
schließlich auf dem Kirchhof entdeckt, wozu er sich in seiner Angst
geflüchtet hatte.

Dain Oubaitolluon

gehört auch in die RGO.

Was hast du bis jetzt unternommen?

Beantwortlich für die 1. und 2. Spalte, Strobus und Lokales: Oskar Golewa
Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Reichner, Berlin. — Für Inserate:
Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schicksale Verlagsgesellschaft
m. B. O., Berlin.

Rund um den Erdball

Vor der Bestätigung des Todesurteils gegen Kürten

Um des Massenmörders Kopf

Das preussische Staatsministerium hat zu entscheiden

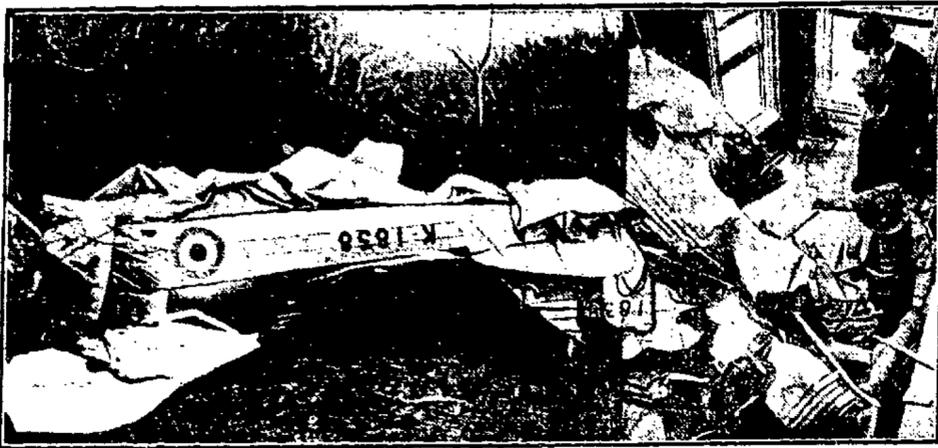
Nach Meldungen bürgerlicher Montagszeitungen wird bekannt, daß das neunfache Todesurteil gegen den Düsseldorf-Waffenmörder schon in aller kürzester Zeit vom preussischen Staatsministerium bestätigt werden würde. Sämtliche Koalitionsparteien ständen auf dem Standpunkt, daß dieser Fall für eine Begnadigung nicht in Frage kommen könne, und daß er weit außerhalb der sonstigen Diskussionen über die Todesstrafe stehe.

Insbesondere ist man in Zentrumskreisen der Meinung, daß der preussische Justizminister Dr. Schmidt „mit der politischen Verantwortlichkeit für eine Begnadigung nicht zu belasten sei.“ Und wenn schon das Zentrum für die Hinrichtung Kürtens ist, werden Sozialdemokraten und Demokraten auch nicht dagegen sein.

Aus Düsseldorf wird gleichzeitig bekannt, daß sowohl der Schwurgerichtspräsident als auch die Staatsanwaltschaft in ihrem Bericht, den sie an das preussische Justizministerium geschickt haben, sich für die Hinrichtung des Massenmörders erklärt haben. Um lange Diskussionen um diesen Fall zu vermeiden, wird die schriftliche Ausarbeitung des Urteils beschleunigt erledigt.

★

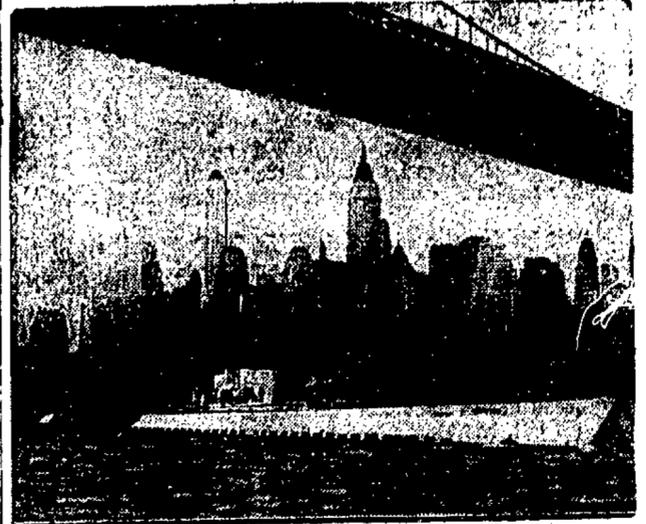
Die Sorge der Herrschaften um baldige Erledigung des grauigsten Kriminalfalles der letzten Jahrzehnte ist verständlich. Mit der Hinrichtung des Massenmörders von Düsseldorf glauben sie doch ein für allemal die Unfähigkeit der ganz auf Kommunismang gedrückten Bürgerkriegspolizei endlich mit dem Mantel der Vergessenheit wieder zudecken zu können.



Zwei Fliegerabstürze

Unser Bild zeigt links die Trümmer des Flugzeuges, mit dem der englische Luftmarschall und zwei Insassen tödlich abstürzten. Rechts der Absturz des amerikanischen Flugzeuges auf ein Klubhaus, wobei der Flugzeugführer völlig unverletzt blieb.

U-Boot mit Fenstern



Die Kriegsindustrie schafft immer raffiniertere Mordwaffen. So kommt aus Amerika die Meldung, daß dort das modernste U-Boot der amerikanischen Marine „Nautilus II“ — nicht zu verwechseln mit dem Nordpol-U-Boot „Nautilus“ — vom Stapel gelaufen ist. Dieses U-Boot ist in der Lage, bis zu einer Tiefe von 120 Metern zu tauchen. An beiden Seiten des Bootes sind große Fenster aus dickem Glas angebracht. Unser Bild zeigt das Boot auf der Durchfahrt unter der Brooklyn-Brücke in Newyork.

Schreckenszene im Zirkus

Folgeschwerer Irrtum des „Feuerschluckers“

Augsburg, 27. April In dem zur Zeit in Augsburg gastierenden Zirkus Judo Busch ereignete sich am Sonntag ein Unglück, das leicht zu einer Katastrophe hätte führen können.

Dort wollte, wie in jeder Vorstellung, ein Marokkaner wieder seine Kunst als Feuerschlucker zeigen. Statt aber eine Flasche mit Petroleum zu nehmen, ergriff er eine mit Benzol gefüllte Flasche, nahm davon einen kräftigen Schluck und spuckte das angebliche Petroleum gegen die von ihm geschwungene Brandfackel. Das Benzin fing Feuer und sprang gegen das Gesicht des Artisten zurück. Der Artist erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und an der linken Hand. Nur die heilige Haltung der Zirkusmannschaft verhinderte eine Panik der Zuschauer, die bereits unter Schreien aufgelsprungen waren, da sie eine weitere Ausbreitung des Feuers befürchteten.

Verhafteter Sittlichkeitsverbrecher

Redakteur einer rechtsradikalen Zeitung als Kinderfänger

In Berlin-Niederschönhausen konnte jetzt der Redakteur S., der bei einer rechtsradikalen Zeitung angestellt ist, festgenommen werden, da er im Verdacht steht, mehrere Kinder von befreundeten oder bekannten Familien mitgebracht zu haben.

Durch einen Zufall kam das Treiben dieses berufsmäßigen Hüters der bürgerlichen Sittlichkeit — dessen Namen der Polizeibericht beziehungsweise verschweigt — ans Tageslicht. Durch den kleinen Jungen einer Geschäftsfrau, den er mitbrachte, als dieser ihm Waren in die Wohnung brachte, wurde die Polizei auf ihn aufmerksam. Nun erst wurde bekannt, daß S. auch zwei Knaben und ein kleines Mädchen einer befreundeten Familie, die sechs Kinder besitzt, in seine Wohnung gelockt hatte, um sie zu mißbrauchen.

Zwar bestritt bisher der Verhaftete die ihm zur Last gelegten Verbrechen. Die Kinder aber, die mit aller Vorsicht vernommen wurden, haben wohlkommen unabhängig voneinander so bestimmte Aussagen gemacht, daß selbst die Polizei in diesem Falle nicht umhin kann, sie als glaubwürdig zu betrachten.

Mit dem Freiballon gegen die Hochspannung

Der Freiballon „Braunschweig 3“ war am Sonntag vormittag mit drei Insassen in Wittenberge aufgestiegen. In der Nähe der Lüneburger Bahn verfiel sich der Anker des Ballons in einem Baum, worauf der niedergehende Ballon auf eine 15 000 Volt-Hochspannungsleitung auftrieb. Der Ballon blieb in den Drähten hängen. Zum Glück für die Insassen rissen die Drähte, so daß ein größeres Unglück vermieden wurde.

Ein österreichisches Dorf in Flammen

Der Ort Neufelden bei Linz a. D. wurde von einem schweren Brandunglück heimgesucht. Im Hause eines Bäckermeisters brach Feuer aus, das in aller kürzester Zeit von Haus zu Haus übergriff. 15 Bauerngehöfte, darunter auch das Postamt mit Nebengebäuden, waren innerhalb weniger Stunden eingeeäschert.

Jack Diamond erneut angeschossen

Der berüchtigte und millionenschwere Bandenführer Jack Diamond, der erst am 22. April gegen Kaution von 25 000 Dollar aus dem Gefängnis von Loncale entlassen worden war, wurde am Montag früh in einer Landeskutsche bei Cairo durch Revolvergeschosse schwer verletzt. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo man fünf schwere Schußwunden feststellte.

Flugzeug rast in Zuschauermenge

Nach einer Meldung aus Athen durchbrachen in Drama die Zuschauer bei einer Flugveranstaltung die Absperrung. Im gleichen Augenblick legte sich ein Flugzeug in Bewegung und raste in die Menge. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet und viele verletzt.

Heldentaten der Pioniere der wissenschaftlichen Forschung

Wiener Arzt wird operiert

Der Röntgenologe im Kampf mit den zellentötenden X-Strahlen

Am 27. April, Professor Dr. Guido Holzknacht, der bereits seit längerer Zeit an den Folgen der entsetzlichen Berufskrankheit der Röntgenologen, also Verbrennungen, litt, mußte jetzt die rechte Hand abgenommen werden. Der Professor ertrug die Operation mit größter Ruhe und machte selbst Angaben, wie die für ihn bestimmte Handprothese hergestellt werden müßte, damit er seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der X-Strahlenpraxis ungehindert weiter ausüben kann.

Die tapfere Haltung dieses Wiener Arztes erinnert an die vielen Hunderte von Ärzten und Labiranten,



Dr. Guido Holzknacht

die bereits bei der Errichtung der X-Strahlen lebenslänglichen Schaden erlitten oder gar eines qualvollen Todes harben. Weil gerade X-Strahlen und Radium in der Bekämpfung verschiedener Volksleiden gegenwärtige Hilfsmittel darstellen, sei einmal an dieser Stelle der Helden der Wissenschaft gedacht.

Nicht vergessen werden soll darum der Tod des Professors Leo-Dorn, der lange das Röntgeninstitut des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin leitete. Dieser hat, um die furchtbare zellentötende Wirkung der Röntgenstrahlen zu demonstrieren, selbst viele Male seine Hand zu Experimenten zur Verfügung gestellt. Eine äußerst qualvolle, langsam wirkende Röntgenverbrennung, die schließlich zur Amputation von mehreren Fingern und dann der ganzen Hand führten, waren die Folge. Auch Professor Bergonie, ein bekannter Krebsforscher von Bordeaux, mußte sich erst seinen rechten Arm, dann mehrere Finger der linken Hand abnehmen lassen. Im Jahre 1930 starb der französische Arzt Dr. Haret, der seit dem Jahre 1896 mit X-Strahlen experimentierte. Jener starb als Opfer der Radiumforschung der Engländer Dr. Reginald Blakall, nachdem er sich nicht weniger als 15mal nach Radiumverletzungen operieren lassen mußte.

Selbstverständlich ist diese kurze Aufzeichnung der Heldentaten der Pioniere der Wissenschaft bei weitem nicht vollständig.

Nur um einmal die Gefährlichkeit des Röntgenologenerufes darzutun, haben wir gerade diese genannt. Denn die kapitalistische Welt, die nur für imperialistische Blut- und Mordgeneralhombastische Auszeichnungen hat, geht über die Heldentaten der Pioniere der Wissenschaft zur Tagesordnung über. In einem sozialistischen Deutschland jedoch würde man diese tapferen Mitarbeiter am Volkswohl als die wahren Volkshelden feiern und alles tun, damit die Gefahren ihres Berufes auf ein Minimum reduziert würden.

Autobus in die Tiefe gestürzt

3 Todesopfer — 40 Verletzte

Budapest, 27. April. In der Nähe von Miskolc ereignete sich am Sonntagvormittag ein furchtbares Autounglück. Dort stürzte ein mit Ausflüglern vollbesetzter Autobus auf der Steinlandstraße, die in das Büdösgebirge führt, in einer vier Meter tiefe Schlucht. Alle 40 Insassen wurden verletzt. Drei der Schwerverletzten starben kurz nach Einlieferung ins Krankenhaus, 15 erlitten schwere Gehirnerschütterungen, Schädelbrüche und innere Verletzungen.

Indische Bauern greifen zur Selbsthilfe

Ein Gutsbesitzer von der empörten Menge in Stücke gerissen

London, 27. April. Nach einer Meldung aus Ludlow wurde am Sonntag im Warwickshire ein schwerer indischer Gutsbesitzer von einer verzweifelten Bauernmenge buchstäblich in Stücke gerissen. Er war mit seinem Sohn in ein Dorf gekommen, um dort in einer Scheune an Stelle rückständiger Pacht bei dem verschuldeten Rest der Getreide zu beschlagnahmen.

Kaum war im Dorfe bekannt geworden, daß dieser indische Bauernführer pänden wollte, strömten sämtliche Dorfbewohner zur Hilfe herbei. Hierbei entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Gutsbesitzer durch zahlreichere Messerstiche getötet wurde. Sein Sohn konnte sich, aus vielen Wunden blutend, retten. Wie zu erwarten, hat die englische Kolonialregierung sofort ein größeres Polizeiaufgebot in das Dorf geschickt, um die rebellierenden Kolonialkneben wieder zur kapitalistischen Ruhe und Ordnung zu „ermahnen“.

MAI 1931
KAUFT DIE **ZEITUNG**
PA 20 PF

Waldenburger Bergland

Waldstein

Heraus zur Maifeier!

Allen Lesern zur Kenntnis, daß die bekannte Waldenburger Spieltruppe „Die Trommler“ am Freitag, dem 1. Mai, nachmittags um 3 Uhr mit einem für uns vollständig neuen Programm auftritt, welches mit zureichendem Erfolg erst kürzlich in Obereschlesien aufgeführt wurde. Alle Interessenten guter, proletarischer Bühnenkunst verfolgen sich daher sofort bei den bekannten Funktionären mit Programmen. In die Truppe abends in Gottesberg auftritt und das Programm ungefähr drei Stunden in Anspruch nimmt, wird besonders pünktliches Erscheinen erfordert.

Gottesberg

Internationaler Bund, Kreisleitung Waldenburg

Dr. Bohm, Bad-Salzbrunn, als Geschäftsmacher

Daß die ärztliche Praxis in sehr viel Fällen nur als Geschäft betrachtet und bewertet werden kann, ist leider eine traurige Tatsache, aber eine Tatsache, die nicht aus der Welt geschafft werden kann und auch eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Weltordnung darstellt. Die verschiedenen Sperrkammern haben regelmäßige Begutachter, die aber ihre regelmäßigen Begutachtungen oft nur vom Geschäftspunkt aus betrachten. Leider muß auch eine einseitige

Stellungnahme des Anaphtischversicherungsamtes Breslau bei Gutachten festgestellt werden. In diesen regelmäßigen Begutachtungen gehört auch Dr. Bohm, Bad-Salzbrunn, welcher nicht nur als Parteigutachter, sondern auch als Obergutachter bei den Verfahren durch das Anaphtischversicherungsamt herangezogen wird. Also nicht genug, daß dieser Dr. Bohm genügend an den Krämpfen leidet, muß er noch als Obergutachter schweres Geld verdienen. Wir empfehlen jedem Kriegs- und Arbeitssperer, Dr. Bohm, wenn nicht schon als ersten, dann aber bestimmt als Obergutachter abzulehnen. In aller Öffentlichkeit werden wir seine Tätigkeit ein wenig beleuchten und die Allgemeinheit warnen, ihr körperliches Wohlbefinden in die Hände dieses Arztes zu legen. Gegen die einseitige Stellungnahme des Anaphtischversicherungsamtes Breslau werden wir im Interesse aller Versicherten den Kampf führen. Versicherungen, Spruchkammer und Gerichtszürge, das ist auch so eine Art Treibhund gegen die Arbeitssperer, denn es nur darum zu tun ist, die Interessen der Geldherrscher zu vertreten, und der zu diesem Zweck jederzeit bereit ist, auch die sogenannte ärztliche Wissenschaft diesen Zwecken unterzuordnen.

Freiburg

Deutscher Holzarbeiterverband

Dienstag, den 28. April, um 19.30 Uhr im Gasthof „Zum Grünen Baum“ wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über den neuen Tarifvertrag — Kassenbericht — Stellungnahme zur Maifeier — Gewerkschaftskongress — Verschiedenes. — Alle Holzarbeiter müssen erscheinen.

Niederschlesien

SPD.-Betrug im Görlitzer Stadtparlament

Sprechen gegen Steuern, die mit Unterstützung der SPD. diktatorisch eingeführt werden

Die letzte Stadtverordnetenversammlung wurde nicht so wie die vorhergehende im Eiletempo abgewickelt. Von den neun auf der Tagesordnung stehenden Punkten waren es vor allem vier Punkte, die ein größeres Interesse beanspruchten.

Bei der Genehmigung des Stellungplanes der städtischen Beamten wurde unsere ablehnende Stellung zu diesem Titel von unserem Genossen Klein begründet, der zum Ausdruck brachte, daß sich in diesem Plan Stellen befinden, die eine unnütze Belastung darstellen. Die 30 Kriminal- und 134 Polizeibeamten könnten ruhig abgebaut werden, da sie ja dem Zwecke gar nicht dienen, dem sie dienen sollen. Gegen unsere Stimmen wurde aber dieser Titel genehmigt. Für Arin und Schupo ist eben immer Geld vorhanden, während für die Erhaltung des Brausebades am Jübenring, die 4800 Mark erfordert, das Geld nicht vorhanden ist, wie der Stadtbaurat Küster ausführte. Er ist wahrscheinlich der Ansicht, daß die Proleten sowieso kein Geld mehr übrig haben, um ein Bad noch bezahlen zu können.

Dann kam es zur Beratung eines Verkaufs von Grundstücken. Zuerst miedeln sich die Tagesordnungspunkte sehr rasch ab, aber diesmal gab es eine ausgiebige Diskussion. Es handelte sich um den Verkauf an die Görlitzer Siedlungs-Gesellschaft zur Errichtung eines Kinder-spielplatzes, dem die Bürgerlichen widersprachen. Nach Ansicht dieser „Kinderfreunde“ sind solche Spielplätze nicht notwendig. Es handelte sich auch nur um Proletenkinder, die sollen auf der Straße spielen, und wenn ein Kind dabei überfahren wird, was tut's, dafür treten die Herrschaften ja für die Aufrechterhaltung des Schandparagrafen 218 ein, der für genügend Kinder sorgt. Nach langem Hin- und-Her-Reden einigte man sich auf den Garten des Küsterischen Grundstücks. Unser Genosse Prenzels vertrat sehr nachdrücklich die Forderung nach Aufhebung der möglichst viel Spielplätze, damit die Kinder den Gefahren der Straße entzogen würden.

Dann kam wieder eine Frage zur Behandlung, die schon wiederholt die Stadtverordneten beschäftigt hat, nämlich die Einführung der Gemeinde-Verkehrssteuer und die Erhöhung der Biersteuer. Hier zeigte sich so recht die Erbarmlichkeit der Bürgerlichen und der SPD. Beide Steuern wurden zwar einstimmig abgelehnt, aber die „Entlastungs“-Reden, die dabei sowohl von den Bürgerlichen als auch von der SPD. Vertretern gehalten wurden, waren natürlich nichts weiter als elende Heuchelei.

Das wurde diesen Herrschaften auch von unserem Genossen Prenzels in eindeutiger Weise zum Bewußtsein gebracht. Unser Genosse zeigte ihnen, daß sie nur deshalb hier vorgehen, die Verantwortung für diese Steuern nicht tragen zu können, weil sie ganz genau wissen, daß auf Grund der Notverordnungen doch die Einführung jener Steuern erfolgen wird. Er prangerte gründlich die Heuchelei an, die darin liegt, daß diese Gesellschaft sich im Stadtparlament als Arbeitervertreter aufstellt, während im Landtag und im Reichstag ihre Parteifreunde das Gegenteil tun. Der Fraktionsvorsitzende der SPD. verlas sogar eine Erklärung gegen diese Steuern und glaubt wahrscheinlich, daß die Görlitzer SPD. sich damit vor der Verantwortung brüden kann, die diese Partei für derartige Steuern, die nach Ablehnung durch das Stadtparlament diktatorisch eingeführt werden, tragen. Die Entlastung ihrer Heuchelei war sowohl den Bürgerlichen als auch der SPD. nicht angenehm, aber sie mußten sie hinnehmen, weil es nun einmal so ist.

Dann kam die Herabsetzung von Schulgeld zur Beratung. Hierzu sprach unser Genosse Härtel. Er wies darauf hin, daß es bezeichnend sei, daß man wohl eine Herabsetzung des Schulgeldes für die Kinder der höheren Schule einführen will, aber gleichzeitig die Mittel für die Volksschulen kürzen will, und zwar um fast 17.000 Mark. Aus diesem Grunde lehnte die SPD. diese Vorlage ab. Da die SPD. es aber fertig brachte, trotz der offensichtlichen Volkseindlichkeit dieser Anträge sich der Stimme zu enthalten, wurde die Vorlage angenommen. Der Führer der SPD. glaubte diese arbeitserfindliche Haltung durch die Beantragung der Protokollierung ihrer Stimmhaltung abzuwehren zu können.

Dann kam die Theaterfrage an die Reihe. Wie überall im Reich denken die Besitzenden nicht daran, der Not der Zeit dadurch Rechnung zu tragen, daß sie zur Erhaltung der Kunststätten mehr Opfer bringen. Die Folge davon ist, daß auch die Theater in vielen Städten geschlossen werden müssen. Obwohl die arbeitende Bevölkerung heute weniger denn je das Theater besuchen kann, steht die Arbeiterklasse durchaus auf dem Standpunkt der Pflege und Erhaltung von Theater, wenn sie auch andere Ansprüche an dasselbe stellt und ihre Auffassung vom Theater auch eine andere ist. Aber da Brot und Kleider heute wichtiger sind als Theater, ist es für unsere Partei selbstverständlich, daß wir nicht 24.000 Mark für das Theater bewilligen können, wenn dann die Stadt gerade diese Ausgabe mit dem Wohlstandsfürsorge und ähnlichen sozialen Ausgaben zu beschneiden. Diese Stellung wurde auch von unserem Genossen Prenzels vertreten, der eindeutig unsere Stellung zu Kulturfragen darlegte. Wenn man etwa versuchen sollte, uns wegen unserer ablehnenden Stellung

der Kulturseindlichkeit zu beschuldigen, so ist das direkt unsinnig, da unser Kampf für eine wirtschaftliche Besserstellung wie überhaupt unser Kampf selbstverständlich auch zum Ziele hat, das arbeitende Volk an den Kulturgütern und damit auch am Theater teilnehmen zu lassen. Eine Gesellschaft aber, die es zuläßt, daß Millionen von Menschen hungern und darben, hat überhaupt kein Anrecht, noch in irgendwelche Verbindung mit Kultur gebracht zu werden. Auch der Einwurf, daß dadurch Arbeitern und den Künstlern ihr Brot erhalten wird, ist lächerlich, denn wenn die Bourgeoisie nur auf einen Teil ihres Profits, den sie verkauft und verhuert, verzichten würde, könnten heute nicht bloß die Arbeiter ins Theater gehen, sondern auch die Mittelständler, die durch die verminderte Kaufkraft der Arbeiter ebenfalls nicht mehr ins Theater gehen können, während die Groß-Bourgeoisie nur bei Sensationsstücken ins Theater geht.

Görlitz

Todessturz einer Greisin

Wahrscheinlich von einem Schwindelanfall betroffen, stürzte im Hause Rothburger Straße 2 die 74jährige Frau Hofmeister beim Hinübersetzen aus einem Fenster ihrer Wohnung hinaus. Sie stürzte in den Hof und blieb dort mit zertrümmertem Schädel tot liegen.

Greiffenberg

Folgeschwerer Sturz

In der Kolonie Hochwald stürzte im Hofe der elterlichen Wohnung das zehnjährige Schindler des Produzentenhändlers Max Schmel von einer Holzliste auf einen im Hof lagernden Haufen Glascherben. Dem Kinde wurden vier Sehnen des rechten Armes durchschnitten.

Sagan

Auf dem Führerstand tot zusammengebrochen

Auf dem Führerstand tot zusammengebrochen ist der Lokomotivführer Edert aus Sagan. Der Tod ereilte ihn, als er auf seiner Maschine an der Kohlenrampe stand. Im Krankenhaus, wohin man ihn brachte, wurde Gehirnschlag festgestellt.

Den Kragenknopf verschluckt und erstickt

Ein tragischer Todesfall ereignete sich in Sagan. Ein dreizehnjähriges Mädchen spielte mit einem Kragenknopf, steckte diesen in den Mund und erstickte schließlich daran.

Niesku

Heraus zur Demonstration am 1. Mai

Das Komitee hat die Veranstaltungen am 1. Mai mit folgendem Programm: 8.15 Uhr Antreten zur Demonstration, 8.30 Uhr Abmarsch. Um 20 Uhr im „Deutschen Hof“ „Proletarischer Abend“ (Veranstalter KZ.), bestehend aus Filmvorführungen, Theater, Rezitation und Ansprache.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei den Vertrauensleuten der SPD., Partei und Jugend sowie des Erwerbslosenvereins und Kampfbundes. Vorkauf 60 Pfennig, Erwerbslose 40 Pf.

Königszell

Antreten zur Maidemonstration

Freitag 9 Uhr an der „Arone“. Auch die Kinder beteiligen sich daran. Die Funktionäre treffen sich Donnerstag, 19.30 Uhr beim Postleiter.

Bolkenhain

Wir marschieren

Am Donnerstag fand in Tschirnitz eine von der Partei einberufene Versammlung statt, in welcher Genosse Hiller über das Thema: „Wirtschaftskrise, wo ist ein Ausweg?“ referierte. Die Versammlung wies einen guten Besuch, zum großen Teil SPD.-Arbeiter, auf. Genosse Hiller zeigte den Anwesenden die wirtschaftliche Krise, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen klar auf. Er beleuchtete die heutige Staatsform und besprach das Wesen und den Zweck der Notverordnungen. Die Demokratie ist abgelöst worden durch eine Diktatur, dafür führte er treffende Beispiele an. Er wies weiter auf den gigantischen Aufbau in Rußland hin und zeigte klar, in welchem Lande der Sozialismus seiner Verwirklichung entgegengeht. Zur Diskussion sprach der Arbeitersekretär Scholz, Jauer. Scholz benutzte zu seiner Rede dieselben Manuskripte, die er vor einigen Wochen in Bolkenhain in einer KPD.-Versammlung benutzt hatte. Er selbst erklärte, daß wir in Deutschland keine wirkliche Demokratie mehr haben und spielte sich auch als ein Freund Rußlands auf, um aber bald darauf in eine wüste Heße gegen Sowjetrußland zu verfallen. Auf die Ansprache verschiedener SPD.-Führer aus früheren Zeiten, die ihm Genosse Hiller vorkleidete, ging er nicht ein. Es hatte fast den Anschein, als ob man eine Sprengung beabsichtigt hatte, denn als Genosse Hiller mit dem Schlußwort begann, setzte eine große Unruhe ein.

Er konnte dem Diskussionsredner Punkt für Punkt widerlegen. Wir werden weiter dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft erkennt, daß die Sozialdemokratische Partei keine Klassenkampforganisation mehr ist, sondern der Kettenhund der kapitalistischen Ausbeuter.

Landeshut

Eine Verleumdung gegen Kommunisten zusammengebrochen

Aus Grünau wurde dieser Tage gemeldet, daß der dortige kommunistische Gemeindevorsteher wegen Urkundenfälschung seines Amtes entbunden wurde. Jetzt verbreitet die LL. folgende Meldung über den Fall:

„Zu dem gemeldeten Fall, betreffend den Gemeindevorsteher der Gemeinde Hartau-Grünau im Kreise Landeshut wird vom Landrat Dr. Fiedoritz mitgeteilt, daß Gemeindevorsteher Heinrich Müller nicht eigenmächtig gehandelt habe, sondern lediglich, um seiner Gemeinde Vorteile zu verschaffen, hat er der Regierung falsche Angaben gemacht. Müller hat sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt. Nach dieser Erklärung handelt es sich also in diesem Falle nicht um einen ungetreuen Gemeindevorsteher, sondern um ein Gemeindevorsteher, das, wenn vielleicht auch nicht richtig gehandelt, nur das Wohl seiner Gemeinde im Auge hatte.“

Striegau

Explosion in einer Zuderfabrik

In der Zuderfabrik Puschka u. erwignete sich beim Verarbeiten von altem Eisen eine Explosion, wobei drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Die Explosion war so heftig, daß die Eisentüde in weierem Umkreis herumflogen, und dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich in einem schon über 6 Jahre auf dem Hofe liegenden Leiben nach Gase befunden haben, die zur Entzündung gelangt sind.

Hirschberg

Unter dem eigenen Fuhrwerk begraben

Hinter der Unte-Mühle in Hain geriet der Antiker Trautmann aus Schreiberhan mit seinem Langholzfuhrwerk in ein auf der Straße befindliches Loch. Das Fuhrwerk kippte um und Trautmann wurde unter ihm begraben. Er erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß man ihn in bedauerlichem Zustande ins Krankenhaus überführen mußte. Der Verunglückte ist Vater von drei kleinen Kindern.

Grünberg

Tödlicher Autounfall

Am Sonntagabend traf gegen 6 Uhr geriet auf der Chaussee zwischen Lomawidau und Ritzsch der Wagen des Dr. Sterke vom Besheida in Grünberg beim Überfahren einiger Fuhrwerke ins Schlingern und fuhr gegen einen Baum. An den Folgen eines Schädelbruches ist er bald nach dem Unfall gestorben.

Bunzlau

Selbstmord eines Schülers aus Furcht vor Strafe

Aus Furcht vor Strafe war der zehnjährige Schüler Hans Hjer vor vier Wochen aus der elterlichen Wohnung verschwunden. Seine Leiche wurde jetzt aus dem Schlaumie des Mühlgrabens an der Brücke am Eutal gezogen.

50
JÄHRIGES
BESTEHEN
DER FIRMA
KARSTADT
ZWEI NIEDERLASSUNGEN
GÖRLITZ

Viele Industriezweige, die bedürftigsten Fabrikationsstätten haben für diese Veranstaltung außergewöhnlich günstige Preise gebracht, um sich auch weiterhin die Gunst dieses Weltunternehmens zu verdienen. Auch ihnen kommen diese Vorteile in gleicher Weise zugute. Tausende fanden durch diese gewaltigen Extra-Käufe erneut Arbeit. Tausende werden durch unsere auffallend billigen Angebote ihren Nutzen finden. — Auch Sie sollten dabei sein!

Beachten Sie bitte in der heutigen Zeitung die Sonder-Beilage, die Ihnen zeigt, was Karstadt leistet!

KAUFHAUS ZUM TRAUHAUS
RUD. KARSTADT AG. GÖRLITZ

Madeira von Kriegsflotte umzingelt

Vor dem Seekrieg gegen die Aufständischen

London, 27. April. Einer Exchange-Nachricht aus Lissabon zufolge sind dort der britische Kreuzer „Curlew“ und der portugiesische Kreuzer „Vasco da Gama“ eingetroffen.

Aus Lissabon wird gemeldet, daß ein Zerstörer und ein Hilfskreuzer nach Porto Santo, einer kleinen Insel bei Madeira, abgegangen sind, wo sich die Regierungskräfte zum Angriff auf Madeira sammeln.

Der „Times“-Korrespondent in Lissabon meldet von gestern: Man glaubt, daß der Zusammenbruch des Aufstandes auf den Azoren Truppen zum Vorgehen gegen Madeira freigegeben habe. Infolgedessen werden in aller Eile Verstärkungen aus Sandbäden errichtet. Die Führer der Aufständischen erklären, die Insel sei zum Kampf bereit und werde sich einem Angriff widersetzen, wenn sie auch ihrerseits nicht die Feindseligkeiten beginnen wolle.

Gasgranaten gegen 1. Mai

Polizeivorbereitungen in Warschau

Warschau, 27. April. Für den 1. Mai sind im ganzen Lande besondere Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden. Allein in Warschau werden an diesem Tage 2500 Polizisten den Sicherheitsdienst in den Straßen versehen. Panzerautos und Maschinengewehre werden ihnen zugeteilt. In Reserve verbleiben u. a. zwei Eskadronen berittene Polizei und 15 Motorräder zu je drei Polizisten. Die Polizei wird mit Stahlhelmen, Gasgranaten und Karabinern ausgerüstet.

Blutige Streikämpfe in Südschweden

Stockholm, 26. April. Die von der kommunistischen Partei Schwedens organisierten Massenkämpfe in Hamtad gegen die Streikbrecher, die gegen die streikenden Holzarbeiter eingegriffen worden sind, dauern fort. Nach einer Kundgebung der kommunistischen Partei durchbrachen 5000 Arbeiter die Polizeiketten und brangen in den Hafen ein, um die Streikbrecher zu verjagen. Die mit Revolvern versehenen Streikbrecher schossen auf die Menge und verwundeten drei Arbeiter. Die anstürmende Polizei wurde von den Arbeitern mit einem Steinhagel empfangen.

Nach einer großen Kundgebung des Gewerkschaftsverbandes zogen die Massen in die Stadt und zertrümmerten alle Fenster Scheiben der Redaktion einer konservativen Zeitung. Die Polizei wurde durch Steinwürfe zurückgeschlagen. Es wurde Militär herangezogen, das gegen die Demonstranten mit Schußwaffen vorging. Zahlreiche Demonstranten wurden verwundet.

Die kommunistische Partei hat die Parole des Generalkriegs zur Vertreibung der Streikbrecher herausgegeben.

Generalführer als Eisenbahndirektor

D. E. Warschau, 27. April. Wie in den Warschauer politischen Kreisen verlautet, ist zum Generaldirektor der an die polnisch-französische Eisenbahngesellschaft verpachteten Kohlenmagistrale Oberschlesien-Gdingen, der jetzige Leiter der Eisenbahndirektion Krakau, Oberst Bobkowski, ausersehen. Oberst Bobkowski gehörte früher dem polnischen Generalstab an, wo ihm die Bearbeitung von Verkehrsfragen oblag.

Die oppositionelle „Gazeta Warszawska“ befürchtet, daß die Schaffung einer neuen Eisenbahndirektion für die von der französischen Gesellschaft zu verwaltende Strecke die militärischen Vorbereitungen auf der Eisenbahn im Notfall in Gefahr bringen würde.

Eine alte spanische Kriegsschuld an Amerika? Havas meldet aus Madrid, daß man in Kreisen des spanischen Außenministeriums über die in der Presse verbreitete Nachricht aus Washington, die Vereinigten Staaten hätten beschloffen, von Spanien eine alte Kriegsschuld einzufordern, große Ueberraschung befundet habe.

Eine provokatorische „Einladung“

Die Bäter „Paneuropas“ suchen nach Vorwänden, um die Sowjetunion von der bevorstehenden Tagung auszuschließen

Moskau, 27. April. Die Sowjetregierung erhebt die Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes, daß am 15. Mai die dritte Session der Europa-Studienkommission stattfinden wird. Beigefügt war eine aus drei Punkten bestehende vorläufige Tagesordnung, deren dritter Punkt die Anmerkung enthält, daß laut Beschluß der Januar-Sitzung der Kommission die Regierungen Islands, der Türkei und der Sowjetunion bei der Behandlung dieses Punktes der Tagesordnung durch die Kommission vertreten sein werden.

Vollstommisnar des Auswärtigen Litwinow schreibt in seiner Antwort an den Generalsekretär unter anderem: Soll etwa die Anmerkung dahin gedeutet werden, daß bei der Behandlung der ersten zwei Punkte die genannten drei Regierungen nicht vertreten sein sollen? Eine solche Deutung würde meines Erachtens dem erstmaligen Beschluß der Kommission widersprechen. Wenn der Beschluß der Organisations-Unterkommission die Forderung der drei Regierungen von der Beteiligung an der Behandlung der ersten zwei Punkte der Tagesordnung bedeutet, dann widerspricht er dem Januar-Beschlusse der Kommission oder er stellt eine Vorentscheidung über eine wenigstens offen gebliebene Frage dar.

Indem Sie, Herr Generalsekretär, den Beschluß der Organisations-Unterkommission in beschränkendem Sinne ausgelegt haben, haben Sie es für notwendig erachtet, mitzutheilen, daß es unmöglich sei, genau den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Kommission zur Behandlung des dritten Punktes übergehen wird, weil Sie offensichtlich der Meinung sind, daß die Sowjetdelegation erst zu dieser Zeit in Genf eintreffen soll. Leider

wissen Sie auch nicht darauf hin, wer den Termin bestimmen kann. Auf diese Weise laden Sie die Delegierten dreier europäischer Staaten nach Genf ein, ohne eine bestimmte Zeitangabe.

Während ich nach Ihrer ersten Einladung anfänglich der Pan-Europa-Angelegenheit auf die Unklarheit und Zweideutigkeit des Beschlusses der Januar-Sitzung der Kommission hinweisen und hervorheben mußte, daß die „Eingeladenen“ nach Genf reisen müssen, um genau zu erfahren, wo zu sie eingeladen wurden, bin ich nach Ihrem zweiten Brief gezwungen, zu sagen, daß die „Eingeladenen“ vorgeschlagen wird, nach Genf zu reisen, um zu erfahren, für wann sie eingeladen sind.

Ich meine, daß Beispiele ähnlicher Einladungsverfahren schon anderswo gefunden werden können, ob man nun europäische oder außereuropäische Staaten der Betrachtung zugrundelegt. Einladungen dieser Art können objektiv als Provokation zu einer Ablehnung der Einladung gedeutet werden, wenn das Maß von Aufrichtigkeit und Gradlinigkeit außer acht gelassen wird, das unumgänglich ist bei den Organisations einer derart wichtigen Angelegenheit wie die Vereinigung Europas.

Ich ersuche Sie, das Obengesagte den Veranlassern der Tagung der Kommission mitzuteilen und füge hinzu, daß die Delegation der Sowjetunion bereit sein wird, zwischen dem 15. und dem 25. Mai in Genf einzutreffen. Ich warte genaue Mitteilung ab, zu welchem Termin die Delegation nach Genf eingeladen wird. Ich bitte in Betracht zu ziehen, daß die Delegation aus Moskau nicht vor dem vierten Tag nach Erhalt der Mitteilung in Genf eintreffen kann.

Frankreichs Kriegsanleihe für Polen

Die kommunistische Fraktion erklärt die Interventionsvorbereitungen des polnischen Faschismus zumulte im Sejm

Warschau, 27. April. Im polnischen Sejm wurde der Gesetzentwurf über die französische Eisenbahnanleihe fast ohne Diskussion mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Verkehrsminister Kühn erklärte in seiner Rede, daß die Konzeptionsentwürfe in vollem Umfang die militärischen Interessen Polens sichern.

Die letzten zwei Sejm-Sitzungen verliefen stürmisch. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion, Genosse Danekli, charakterisierte in seiner Rede die Eisenbahnkonzeption für Schneider-Creuzot als ein Glied der Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion, verwies auf die außerordentlich schwere Lage der Werktätigen Polens und stellte fest, daß die Anleihe eine weitere Belastung der Arbeiterklasse bedeute. An diesem Punkt wurde die Rede Daneklis vom Sejm-Vorsitzenden

unterbrochen. Dem Redner wurde das Wort entzogen, und als er protestierte, wurde er für eine Sitzung ausgeschlossen.

Die kommunistische Fraktion protestierte leidenschaftlich. Der Abgeordnete Genosse Buzinski rief: „Nieder mit der faschistischen Regierung! Nieder mit der Diktatur!“, worauf er ebenfalls für eine Sitzung ausgeschlossen wurde. Die Sejmwoche führte die beiden kommunistischen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal ab.

In der letzten Sitzung, nach der Rede der Nationaldemokraten, die ihr Mißtrauensvotum begründeten, drohte der Regierungsbild die Diskussion ab. Dem kommunistischen Abgeordneten, Genossen Rogel, wurde das Wort verweigert, er sprach aber vor seinem Platz aus. Er führte aus:

„Der faschistische Sejm hat der Kriegsanleihe zugestimmt. Die Kommunisten, die dagegen sprechen wollten, wurden hinausgeworfen. Die Millionenmassen der Arbeiter und der werktätigen Bauern und ihre revolutionären Sejmvertreter erheben sich gegen die Regierung, gegen deren unerhörte Gewalttaten und gegen deren Terror.“ Auf diese Worte Rogels entstand in den Regierungsbänken ungeheurer Lärm. Rogel wurde für eine Sitzung ebenfalls ausgeschlossen, er fuhr aber fort: „Die neue Anleihe ist ein neues Glied in euren verbrecherischen Kriegsvorbereitungen.“

Auf einen Wink des Vorsitzenden überfällt die Sejmwoche den Genossen Rogel, bearbeitet ihn mit Faustschlägen und Fußtritten und schleppt ihn aus dem Saal. Genosse Rogel ruft indessen: „Nieder mit dem Krieg gegen die Sowjetunion! Wir lassen uns das Wort nicht verbieten! Nieder mit der faschistischen Diktatur!“

Die „linke“ Opposition der PPS sah der Mißhandlung des Genossen Rogel ruhig zu. Der Vorsitzende verurteilte den Ausschluß des Genossen Rogel für einen Monat.

Vormarsch der Roten Armee in China

Schanghai, 26. April. Die japanische Agentur „Demio Jushin“ teilt mit, daß die Truppen der chinesischen Roten Armee unter dem Kommando Ho Lung die Stadt Tschitscho in der Provinz Hupei besetzt haben.

Ueber Hankau, Utschan und Handjan wurde der Belagerungsstand verhängt. Ueber Wuhan kreisen unauhörlich Bombenflugzeuge, um dem Ueberfall der roten Truppen auf die Stadt vorzubeugen.

Wie berichtet, sollen die roten Truppen die Stadt Badum am Yangtseflus, nordwestlich von Wupei, erneut besetzt haben. Die Nanjingregierung hat auf den Kopf des roten Kommandeurs 100 000 Dollar als Belohnung ausgesetzt.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Korrespondent: Robert Schulz Verlag, Berlin-Bilmersdorf, Brandenburgische Str. 8

33. Fortsetzung

Diese Türen, die sich sonst erst nach fürchterlichen Umständlichkeiten erschließen. Und beim Verlassen der Anstalt genoh man den blauen Himmel und die Sonne, das ganze blutende Leben der Stadt noch einmal so stark, mit einem ganz winzigen Schuß Phosphor: „Gott, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene.“ Gott nein, war das interessant gewesen mit vorstehenden Blicken die Gesichter der Strafgefangenen zu studieren. Jüngere, ein beiläufiger Oberinspektor hatte als Begleitperson ziemlich genaue Erklärungen abgeben können und auf die Prominenten des Saales, die man aus den Prozeßberichten kannte, hingewiesen.

Zum Schluß hielt es der Lehrer heute sogar noch für richtig, der Tochter des Herrn Staatsanwalts, Fräulein Beate Stuhlfaut, seine Domäne, die Gefangenenbibliothek, zu zeigen. Als er mit ihr eintrat, sprangen drei Gefangene wie die geölten Blitze von ihren Sitzen auf, wie das so vorstehend ist.

Sie waren gerade damit beschäftigt, alte Schmäler notdürftig zu reparieren. Eine nützliche Arbeit, denn die Bücher werden durch den ständigen Wechsel sehr ramponiert. Fräulein Beate blieb eine ganze Weile in der Bücherei, denn der Lehrer hatte ihr allerlei interessante Sachen, neue Erwerbungen, die Kartothek und anderes vorzuführen. Am meisten interessierten Beate aber die Insassen. Es war ordentlich gruselig, mit Strafgefangenen in einem Raum zusammen zu sein. Doch so gefährlich sahen die Kerle gar nicht aus.

ling, der, wie allerdings selbst seine Feinde zugeben mußten, aus Ueberzeugung, Abtreibungen vorgenommen hatte, der gerechten Bestrafung zuzuführen.

Die Mehrzahl der Geschworenen schien nämlich in der acht-tägigen Verhandlung nicht so ohne weiteres zu dem Entschluß kommen können, zu verurteilen. Erst in der letzten Stunde war es dann den beamteten Richtern gelungen, sie umzustimmen.

Dieses Häufchen Unglück, dachte Beate, das ist so ein großer Verbrecher? Den hatte ich mir auch interessanter vorgestellt. Besser gefiel ihr der gewandte und aalglatte Herr Goldstück, mit dem Gefangenenipphamen „Frisling“, der zwei Jahre wegen allerlei Kredithebelungen absaß. Dieser Mann wirkte sogar in der Gefangenenstrafe elegant, tadellos frisiert und manikürt. Der Typ des Hochstaplers in Vollenbung! Er spritzte im engen Raum nur so herum, holte alles gewandt und schnell von den Regalen herunter, was der Lehrer nur zeigen wollte, und vergaß nie, wenn er die Bücher mit eleganter Geste vorlegte, das: „Bitte, gnädiges Fräulein.“ Kurz, er benahm sich mit der Sicherheit des Verkäufers eines großen Warenhauses.

Am allerinteressantesten war aber für Beate ein junger Gefangener, der mit etwas düsterem Blick, zurückhaltend und bescheiden in einer Ecke stand. Eigentlich ist das ein hübscher Mensch, stellte sie fest. Rabenschwarze Locken, ein Antinouslopi. Die schwarzen, etwas tiefgelegenen Augen strahlten von verhaltener Glut. Sein prächtvoller Wuchs verriet sich sogar in der Gefangenenstrafe. Er war einer von den wenigen, denen die Gefängniszeit nichts anhaben konnte. Sein Gesicht mit dem olivfarbenen Teint wies eine gesunde Röte auf. Es mochte aber auch Befangenheit sein.

Die Anwesenheit einer Frau im Gefängnis bedeutet eine gewaltige Sensation für die Gefangenen, und Beate war so schön, daß sie auch freie Männer in Wallung bringen konnte. Dieses Mädchen, mit ihrer wunderbaren Figur, in der leichten Sommerkleidung, die mehr ahnen ließ, als sie verhüllte, bewegte sich mit jener selbstbewussten, freien Eleganz des modernen, jungen Mädchens aus kultivierter Familie.

Der Wunsch, allen Menschen, denen sie begegnete, zu gefallen, verließ sie auch selbst hier im Gefängnis unter den Strafgefangenen nicht, und so bekam denn Antinous einige volle freundliche Blicke aus ihren strahlenden Blauaugen. Ganz im Sinne des modernen Strafvollzuges war diese Liebeshübschheit ja nicht, aber es ist selbst von der Tochter eines Staatsanwalts nicht zu verlangen, sich die Wirkung derartiger Blicke auf einen zehn

Jahre lang eingesperrten, kräftigen Mann auszumalen. Die Unterhaltung in der Bibliothek wurde flott geführt, und das Ereignis zitterte noch nach in den Gefangenen, als Beate schon längst gegangen war.

Zunächst nahm der Hochstapler Frising das Wort: „Na, Jungs, das wird heute abend ein schönes Tannenbaumshütteln geben“, meinte er, „da haben sich die Kerle mal wieder gehörig aufgegeißelt an den Weibern.“ Antinous lächelte nur fein dazu, er sagt nichts, aber sein Auge blinzelt auf.

Frisling fährt fort: „Dir hat sie ja ordentlich schöne Augen gemacht, die Staatsanwältin, Weiß. Ich bin ordentlich eifersüchtig geworden. Die darfst du nicht ausspannen, ich habe schon vorher mit ihr pouffiert, als ich ihr das Programm gegeben habe und einen Stuhl besorgte. Natürlich nur mit den Augen — aber sie hat scharf reagiert.“

Der Doktor mischt sich ein: „Rede doch nicht so einen Blödsinn. In den Augen dieser Makellosen sind wir doch nur effes, niederes Gewürm. Die kommen hierher, wie Leute, die eine Me-nagerie besuchen. Psui Teufel, nochmal! Es ist wirklich reichlich geschmacklos, daß sie jetzt sogar immer noch ihre Frauenleute dazu mitbringen. Zum Koben! Ich nehme deshalb schon gar nicht mehr an den Konzerten teil! Dabei habe ich einen förmlichen Hunger nach Musik! Aber begaffen lassen will ich mich nicht von dieser Bande.“

Frisling versteht das nicht, das geht über seinen Horizont, für ihn ist maßgebend, daß er seine Sensation gehabt hat. „Ach, darum warst du vorher so mauksaul, Doktor? Ne, weißte, ich mache mir da gar nichts draus. Was ich getan habe, hab ich getan, und wenn ich meinen Knast rum habe, dann ist es eben erledigt, dann fange ich von vorne an. Und wenn ich das hübsche Mädchen dann auf der Straße treffe und bin gut in Schale, dann rede ich sie an. Ich wer mir schenieren, so siehste aus! Warum denn doch nicht? Wennste nicht weiß, woher sie mich kennt, dann sag ich: Wir haben mal ein Konzert zusammen besucht.“

Er geht auf den Arzt zu und legt ihm gutmütig die Hand auf die Schulter: „Doktor, du mußt das nicht so dramatisch nehmen. Du fahst mir leid.“ — „Frisling“ sagt dieser, „wenn ich dir nun erzähle, daß dies Weib die Tochter jenes Staatsanwalts ist, der mir mein Kerkergrab geschaufelt hat, wirst du mich dann ver-suchen?“

Fortsetzung folgt.

Nach dem Stahlhelmvollsbegehren

Vom Volksbüro des Zentralkomitees unserer Partei wird und geschrieben:

Der Ausgang des Stahlhelmvollsbegehrens in Preußen ist für die gesamte deutsche Arbeiterklasse lehrreich und gibt in einer Reihe von Problemen Gelegenheit und Anlaß, die gegenwärtige politische Situation im Lager der deutschen Bourgeoisie zu untersuchen und aus den Ergebnissen einer solchen Untersuchung Konsequenzen für die Praxis des revolutionären Klassenkampfes zu ziehen.

Zweifelsohne ist es dem Stahlhelm, den Deutschnationalen, der Hitlerpartei und der Deutschen Volkspartei im allgemeinen nicht gelungen, mit ihrer demagogischen „Aktion“ Vermirung unter den Massen der Arbeiterschaft in den verschiedenen industriellen Gebieten und Industriestädten Preußens, mit Ausnahme von Halle, anzurichten. Der Mißerfolg des Vollsbegehrens gerade im industriellen Westen, in Berlin und anderen Großstädten zeigt, daß die proletarischen Massen den angeblichen „Kampf“ der Reaktion gegen die Mißwirtschaft der Sozialdemokratie und der preußischen Koalitionsregierung durchschauen. Sie begreifen, daß es hier lediglich um einen Konkurrenzkampf um die Futterkrippe, die Prüden und „Machtpositionen“ im kapitalistischen Staatsapparat geht, einen Konkurrenzkampf, der mit den Interessen des Volkes nicht das mindeste zu tun hat.

Anders steht es auf dem Lande und in einer großen Anzahl der provinziellen Kleinstädte. Selbstverständlich spielt bei den dortigen, verhältnismäßig hohen Ziffern der Beteiligung am Stahlhelmvollsbegehren jener struppellose Terror eine entscheidende Rolle, mit dem Werttätige zur Einzelnahme gezwungen wurden. Aber es bleibt doch darüber hinaus die Tatsache bestehen, daß die demagogische Agitation des Stahlhelms und der Nationalsozialisten in diesen Gegenden und unter diesen Schichten einen gewissen Widerhall gefunden hat.

Wer trägt die Schuld daran? Hier ergibt sich eine wichtige Lehre gerade für jene Schichten der Arbeiterschaft die noch immer unter dem Einfluß der Sozialdemokratie standen, sich aber in den letzten Monaten immer stärker zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf mit den Kommunisten bereitgefunden haben. Wenn es heute, im Zeichen der schweren Krise, in einer Situation, in der das kapitalistische System in allen Jagen kracht und die Massen immer stärker durch die Ereignisse selbst nach links getrieben werden, trotzdem möglich ist, daß die Reaktion mit demagogischen Parolen Eindruck bei werttätigen Schichten erzielen kann, so ist das die Frucht der sozialdemokratischen Politik. Die SPD. trägt durch ihre volksfeindliche Mißwirtschaft, durch ihre finstere Reaktion, durch die Fülle ihrer Verbrechen gegen das Proletariat und alle Werttätigen die volle Schuld daran, daß die faschistischen Organisationen der Bourgeoisie nicht in dem Tempo durch den revolutionären Aufschwung fortgesetzt werden, wie es auch dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiter entspräche.

Andererseits drückt sich in der Tatsache, daß dem Stahlhelm und den Parteien der bürgerlichen Reaktion ihre Zerschlagung unter gewissen werttätigen Schichten gelingen konnte, daß sie aus der Empörung über die sozialdemokratischen Verbrechen Kapital zu schlagen vermochten, eine gewisse Schwäche unserer revolutionären Aufklärungsarbeit, vor allem unter den Bauern und der Landbevölkerung aus. Hier gilt es, eine entschlossene Wendung durchzuführen.

Wie sehr die Politik der Sozialdemokratie die Reaktion zugezogen hat, dafür ist Preußen ein geradezu klassisches Beispiel. Gibt es in den Fragen des Volksterrors gegen die Arbeiterbewegung, gibt es auf allen Gebieten der kulturellen, sozialen und politischen Reaktion irgendeinen Akt des Rückschritts, der arbeiterfeindlichen Brutalität, der sich in Deutschland zutragen könnte, ohne daß Preußen mit seiner sozialdemokratischen Koalitionsherrschaft besonders reaktionär, besonders volksfeindlich bei der Durchführung aller dieser Umschlüsse auf die Massen der arbeitenden Bevölkerung vorginge? Die meisten Verbote, die größte Zahl von Verhaftungen und Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter, der empörende Rekord des Arbeitermordes — das alles hat Preußen aufzuweisen. Es ist nur verständlich, wenn überall dort, wo der Einfluß der Kommunisten noch nicht stark genug ist, um die Massen zu richtigen Schlussfolgerungen aus diesen aufreizenden Tatsachen hinzuführen, in differenzierte Schichten der Werttätigen ins Lager der offenen Reaktion gedrängt werden.

Gerade das Stahlhelmvollsbegehren ist eine deutliche Illustration für das Verhältnis zwischen den verschiedenen Hilfstruppen des Kapitals. Zur gleichen Zeit, wo die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei im Reich der Brüning-Regierung angehört, die sich vorwiegend auf die Sozialdemokratie stützt, beteiligt sich dieselbe Volkspartei in Preußen am Vollsbegehren, das der Beseitigung der SPD.-Minister aus den Regierungspositionen dienen soll. Klarer läßt sich kaum demonstrieren, wie wenig es sich bei dem Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Faschisten um prinzipielle oder gar klassenmäßige Gegnerschaft handelt. Ebenso wenig, wie etwa der Wechsel in den Herrschaftsformen der deutschen Bourgeoisie, ihr Übergang von den Methoden der Demokratie zum Faschismus, eine inhaltliche prinzipielle Veränderung des Klassencharakters der bürgerlichen Herrschaft bedeutet, genau so wenig geht es bei der Frage der Einbeziehung oder Ausschaltung der Sozialdemokratie oder der Nationalsozialisten in das Regierungssystem um prinzipielle Veränderungen. Hier geben für die Bourgeoisie vorwiegend taktische Beweggründe den Ausschlag.

Die Teilnahme der Deutschen Volkspartei am preußischen Vollsbegehren entsprang ebenso, wie die gegenwärtigen programmatischen Forderungen, die die Volkspartei auf ihrer Reichstagung an die Adresse der Brüning-Regierung richtete, dem Bestreben, im Lager der Bourgeoisie wieder jene führende Rolle zurückzugewinnen, die sie in den letzten Jahren an das Zentrum abtreten mußte.

Wie ist die heutige Lage? Das Besondere an der faschistischen Entwicklung in Deutschland ist die Tatsache, daß einerseits die deutsche Bourgeoisie durch ihre Regierung Brüning die Durchführung der faschistischen Diktatur mit aller Brutalität voranzutreiben versucht, wobei sie auf immer wachsenden Widerstand der Massen stößt, während auf der anderen Seite die faschistische Massenorganisation der Nationalsozialisten nicht zur Teilnahme an der Regierung zugelassen, sondern sogar aus den wenigen Regierungspositionen entfernt wird, die sie in kleineren Einzelstaaten besetzt hielt. So war es auch kein Zufall, daß beim Vollsbegehren nicht die Hitlerpartei von

Frisch-fröhliche Rüstungspropaganda

Eure Antwort: Massenstreik am 1. Mai

Die Zeitschrift „Deutsche Wehr“ veröffentlicht in ihrem Aprilheft einen Artikel des bekannten Wehrpolitikers Georg Soldan in der das, was das Reichswehrministerium aus diplomatischen Gründen nicht so offen formulieren kann, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ausgesprochen wird. In dem Artikel heißt es: „Wir verlangen Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen, wir fordern die Möglichkeit, die Grenzen unseres Landes schützen zu können, wir wollen einen Fliegersturz, wir verzichten nicht auf Kriegsschlange, Kampfwagen, schwere Artillerie und U-Boote...“

Die deutschen Arbeiter dürfen in ihrem Kampf gegen die Brüning-Regierung nie vergessen, daß diese Regierung eindeutig denn je auch die imperialistische Aufrüstungsregierung der deutschen Bourgeoisie ist. Die Sowjethege wegen der angeblichen Spionage in der J.G.-Farben, mit dem Nebenweck, gleichzeitig die kommunistischen Betriebsvertreter in der deutschen Rüstungsindustrie loszuwerden, gehört ebenso zum Rüstungsprogramm der deutschen Bourgeoisie wie die sich dauernd verstärkende Rüstungspropaganda.

Am 1. Mai muß die Arbeiterschaft darauf ihre revolutionäre Antwort geben. Der Weltkampftag steht nicht nur im Zeichen des Kampfes gegen den Hungerplan der Brüning-Regierung, sondern auch gegen die antifaschistische Kriegspropaganda der deutschen Imperialisten.

Französische Spionage in den Leunawerken?

Als Antwort auf die Verhaftung deutscher Spione gegen Frankreich in Straßburg, veröffentlicht die bürgerliche Presse wie auf Kommando längere Berichte über einen bevorstehenden Spionageprozeß, der Anfang Juni vor dem Reichsgericht beginnt. Ein Kaufmann Ernst Becker, dessen Frau und ein gewisser Ammann werden beschuldigt, zugunsten Frankreichs in der Leuna-Werken Spionage getrieben zu haben.

Das ist in dem kurzen Zeitraum der letzten 14 Tagen der sechste Spionagefall, der durch die Presse geht. Auch ein Beitrag zu „Pan-Europa“.

Arbeiter und Bauern in der Front der roten Volksaktion

Glänzender Verlauf des antifaschistischen Volkstages in Mecklenburg

Schwerin, 27. April. (Eig. Bericht.) Gestern tagte in Schwerin ein aus allen Gebieten Mecklenburgs zahlreich besetzter Volkstages gegen den Faschismus. Genosse Stoeder zeigte unter stürmischem Beifall die Kampfaufgaben der Werttätigen in Stadt und Land gegen den Faschismus auf. Landarbeiter, Erwerbslose, Kleinbauern und Jungarbeiter schilderten in der Aussprache die verzweifelte Lage der proletarischen Schichten. Ein Nazi-S.M.-Mann aus Bismarck gab eine scharfe Erklärung gegen Hitler und für die rote Front ab. Ein Reichsbannerkämpfer aus Rostock trat in den Kampf über.

Darauf vereinigte sich der ganze Kongreß zu einer eindrucksvollen Demonstration. 1500 auf zahlreichen Autos aus dem ganzen Lande gelommene Arbeiter und kleine Bauern demonstrierten unter roten Fahnen. In der Schlusskundgebung auf dem

größten Platz sprach dann noch einmal vor 2500 Menschen der Genosse Stoeder.

So war der Volkstages ein deutliches Zeichen des Vormarsches der roten Volksaktion auch in dem großagrarisch-faschistischen Mecklenburg.

Um die Preußenwahlen

Die Angst der SPD. um die preußischen Posten

In einer Rede in der Stadthalle zu Königsberg führte der preußische Ministerpräsident Otto Braun u. a. folgendes aus: „Die Sozialdemokratie in Preußen denke nicht daran, sich an der Regierung zurückzuziehen und eine Stellung ähnlich wie im Reich einzunehmen. Sie werde sich nicht durch den Ausfall des Vollsbegehrens beeinflussen lassen. Sie werde den Zeitpunkt für die nächsten Landtagswahlen festsetzen, wenn er ihr geeignet erscheine.“

Darauf ist kurz zu erwidern, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern die Bourgeoisie, der sich die SPD. vollkommen ausgeliefert hat, bestimmt, ob die SPD. in dieselbe Rolle auch in Preußen gedrängt wird, die sie im Reich freiwillig übernommen hat. Brauns Redewendung über die nächsten Landtagswahlen kann dahin gedeutet werden, daß mit Preußenwahlen bereits vor dem Ablauf der Landtagsperiode gerechnet werden muß, wobei allerdings nicht die SPD., sondern das Zentrum den Zeitpunkt bestimmt.

Wohin geht der „erste Mann“?

Nach 20 Jahren SPD. zur SPD.

Hamburg, 27. April. (Eig. Bericht.) Ein Lübecker SPD.-Arbeiter, der über 20 Jahre in der SPD. organisiert war, veröffentlicht in der „Hamburger Volkszeitung“ einen Brief, in dem es heißt:

„Wir haben es satt, das ewige „kleinere Uebel“ zu schlucken. Darum bin ich der SPD. beigetreten. Sie ist die einzige Klassenbewußte Arbeiterpartei, die uns zum Sozialismus führen kann.“

der Bourgeoisie in den Vordergrund geschoben wurde, sondern der Stahlhelm als die vom kapitalistischen Standpunkt zuverlässigere und ihrer sozialen Struktur nach solidere Wehrformation des Faschismus.

Aber wenn das regierende Finanzkapital den Hitler und Goebbels als Antwort auf ihre Regierungsehrsucht gegenwärtig die kalte Schulter zeigt, wenn auch die Abspaltung des putzschichtigen Flügels der Nazi-Partei und der vollkommen legalistischen Kurs Hitlers, seine offene Anbiederung an Brüning und Hindenburg, die Regierungsaussichten der Nationalsozialisten nicht entscheidend verbesserten, so bedeutet das doch keineswegs irgendeinen Kurswechsel der Bourgeoisie zugunsten einer Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie. Die Politik des Fuhrtricks, die seinerzeit der Regierung Hermann Müller-Severing im Reich ein Ende bereitete, bleibt auch weiterhin in Kraft.

Das Kapital bedient sich der Sozialdemokratie als seiner sozialen Hauptstütze gegenüber der Arbeiterklasse und den werttätigen Mittelschichten. Es nimmt die Lafaiendensie der Sozialfaschisten gönnerhaft entgegen. Aber es zahlt nichts mehr dafür!

Die parlamentarische Aktion des Vollsbegehrens, der nunmehr in absehbarer Zeit der Volkstages folgen dürfte, ist und bleibt nur Spiegelerei. Die Entscheidung darüber, wann in Preußen die sozialdemokratische Koalitionsära zu Ende geht und eine Regierung nach dem Muster der Brüning-Diktatur, vielleicht sogar nach rechts erweitert, an ihre Stelle tritt, wird nicht durch parlamentarische Abstimmungen gefällt, sondern in den Büros der Generaldirektoren und in den Ausschusszimmern der großen kapitalistischen Konzerne. Kein Zweifel, daß der preußische Koalitionssturz der SPD. wadelt.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse nicht einen Finger krumm machen wird, um die Herren Braun und Severing auch nur eine Stunde länger „wirtschaften“ zu lassen. Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß ein Regierungswechsel nicht die leinsten Erleichterungen für die Massen, nicht die mindeste Abschwächung des reaktionären Regimes, sondern mit der fortschreitenden Verschärfung des Klassenkampfes eher noch höhere Stufen der politischen Reaktion und des Terrors gegen die Arbeiterbewegung zeitigen wird. So bleibt — unabhängig davon, wie sich die parlamentarischen und Regierungsformen in Preußen entwickeln — für die deutsche Arbeiterklasse und für die kommunistische Partei nach dem Vollsbegehren die gleiche Lage mit den gleichen Kampfaufgaben bestehen wie zuvor. Ohne Rücksicht auf den Pappschwertkampf zwischen den Braun-Severing einerseits und dem Seldte, Düstberg, Hitler, Hugenberg andererseits, führt die kommunistische Partei an der Spitze der arbeitenden Massen ihre Volksaktion für Brot und Freiheit weiter!

aus der wachsenden Erbitterung der Betriebsarbeiter über Schandlohn und Antreiberei, aus der Gärung und steigenden Empörung der ruinierten Mittelständler, Beamten und Kleinbauern, schafft die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung immer klarere Fronten im Kampf Klasse gegen Klasse. Der Ausgang des Stahlhelmvollsbegehrens ist dazu angetan, unserer Volksaktion einen neuen Zustrom an elementarer Kraft zuzuführen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich der Gefahr der faschistischen Reaktion wieder klarer bewußt werden und zugleich erkennen, daß die Politik ihrer Partei die Politik des sogenannten „kleineren Übels“, kein Schutz gegen die Reaktion, sondern eine Brücke für die Reaktion, ja die Durchführung der reaktionären Politik selber ist, müssen sich unter dem Banner der Volksaktion Seite an Seite mit den Kommunisten zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und gegen die sozialfaschistische Koalitionspolitik zusammenschließen!

Die Werttätigen, die noch während des Vollsbegehrens, sei es dem Terror, sei es der Demagogie der Stahlhelmer und Hitlerbanden anheim fielen, müssen erkennen, daß alle Versprechungen, die man ihnen machte, leerer Betrug sind und daß nur in den Reihen des kämpfenden Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei eine Wende ihrer Not ein wirklicher Umschwung erkämpft werden kann.

Unsere Volksaktion geht weiter. Sie richtet sich gegen den Hungerplan der Volksfeinde, gegen die Diktatur des Kapitals und alle seine Hilfstruppen. Sie richtet sich gegen die ganze Kette der Ausplünderungs- und Schlichtungsmaßnahmen, mit denen die Kapitalisten und Trabant den Lasten der Youngflaverei und die Opfer der kapitalistischen Krise auf die Schultern des Proletariats und der Werttätigen wälzen. Sie gipfelt in der leidenschaftlichen Propaganda für den revolutionären Ausweg aus der Krise, aus dem Zusammenbruch, aus Not und Elend, in der Propaganda für die Volksrevolution, die dem Sozialismus zum Sieg über das bankrotte kapitalistische System verhelfen soll!

Vor uns liegt der 1. Mai. Er muß zu einem wahren Kampftag nicht allein des Proletariats, sondern des ganzen arbeitenden Volkes gegen das verfaßte kapitalistische System, gegen Faschismus und sozialdemokratische Koalitionspolitik werden. Der politische Massenstreik am 1. Mai und die revolutionären MassenDemonstrationen sollen Kunde geben von der ganzen aufgeregten Empörung, dem Zorn und dem Kampfwillen der Massen!

Die Front des arbeitenden Deutschland, die sich unter den Losungen der Volksrevolution für eine bessere menschenwürdige Ordnung unter der Herrschaft der Arbeiterklasse sammelt — sie wird am 1. Mai zugleich die Antwort darauf geben, wenn das Volk „begehrt“: weder Braun-Severing, noch Hitler-Hugenberg! Das Volk will Arbeit und Brot, das Volk will Freiheit und Macht!

Unter dem Sturmbanner der kommunistischen Partei wird sich das Volk erkämpfen, was es braucht.

Geboren aus der Not der Massen, ihre Kräfte sammelnd aus dem würgenden Elend der Millionen Erwerbslosen.

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven, Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren
Franz Rzchulka
Alsenstraße 48, Ecke Leuthensstraße

Alfred Teuber, Friedr. Wilh. Str. 35
seit über 30 Jahren
Die beste und billigste Bezugsquelle für Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan u. Steingut

P. Politz Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen

Lebensmittelgeschäft Wilh. Arndt
Bergstraße Nr. 22

Julius Fischer, Milchgeschäft
Leuthensstraße 3

Farben und Lacke - Malerhaus
Westend- Ecke Zudenst. Straße

Fleischerei und Wurstfabrik
Ernst Bunke, Ottostraße 24 / Tel. 44850

Deckt Euren Bedarf bei
Hedwig Hefelbarth, Matthiasstraße 188

Lebensmittelgeschäft
Georg Rarutka, Posener Straße 4

Reserviert Nr. 21

Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei M. Niesner
Matthiasstraße 42 - Sternstraße 66

M. Scholz Kolonialwaren, Konserven
Oelsnerstraße 15

Deckt Euren Bedarf im
Lebensmittelgeschäft
W. Dmoroq, Ottostraße 46

Franko, Lederausschnitte
Friedrich-Wilhelm-Straße 31
Frankfurter Straße 122

SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL
Scheitniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66

Klatschkauer
Warenhaus
Inh. Emil Lewin
Herrenstr. Nr. 14

Kolonialwaren, Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 89

Sie kaufen billig bei
Wäsche- und Schürzenfabrik
W. Pfeiffer, Matthiasplatz 11

Kohlenhandlung Karl Milde
Posener Straße 70
Telefon 58574

Spezial-Fischhaus
Alfons Gritz, Nikolaistraße 59

Bekleidungshaus Nord-Ost
Inh. Max Schacher
Matthiasstraße 86

W. Zembrod
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen

A. Kallinich
St. Vincenz - Drogerie
Breslau 10

Fischgeschäft
Leuthensstraße Nr. 27
Friedr. I. Hiver

Fleischerei und Wurstfabrik
Reinhold Scharbatte, Pöpelwitzstr. 29

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Berndt, Weissenburger Str. 4

Arbeiter kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei
Andreas Oms
Adolfsstraße 3



Molkerei-Produkte Maria Klass
Leuthensstraße 64
Bergstraße 25 - Nikolaplatz 2

Fleischerei und Wurstfabrik
Ernst Hoffmann, Bärenstraße 30

Paul Sellert
Fahrrad- u. Beleuchtungsart., Taschenlampenbatter.
Lehndamm 52-54

Paul Herrmann
Bäckerei und Konditorei
Trebntitzer Straße 64

Ernst Rettig
Papierwaren
Kleinschauerstr. 13

Bäckerei und Konditorei
Paul Moczko
Leuthensstraße 63

Doppelkoffer nur bei Ritter
Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Handlungen für Fleisch- u. Wurstwaren
bei Fritz Urban, Weidenstraße Nr. 30

Werktätige kauf. Kohlen bei
Edmund Drause
Trebntitzer Straße 20

A. Klapholz
Antoniensstraße 36-38
Damen-, Herrengarderobe

Fischhandlung Emil Wecke
Leuthensstraße 18
Filiale: Alsenstraße 76

Kurt Reichert, Steinauer Straße 20
Kolonialwaren

Milch- und Molkerei-Produkte
bei M. Krause
Endersstraße 22

Geld auf Pfänder jeder Art
wie Anzüge, Wäsche, Schmucksachen usw.
Leihhaus Grundmann
Trebntitzer Straße 211

Christmann & Co., Scheitniger Str. 38
Schuh- und Stiefellager

Paul Gebauer
Kolonialwaren - Tel. 59561
Posener Str. 27, Fil. Frankfurter Str. 31

Drogen, Farben, Photo
Franz Gröschel, Leuthensstraße 69

Drogerie „Zum großen Kurfürsten“
Richard Ellison
Matthiasstraße 10/103

Hut-ähnlich, Matthiasstr. 139
Ramp- und ähnlichen in allen Preislagen

Ernst Helde
Rind- und Schweineschlächterei
Markthalle Ritterplatz, Stand 28

Bäckerei und Konditorei
Alfons Unger
Westendstraße Nr. 71

Bei Ein! Sagemelz
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
kaufen Sie gut und billig

Fritz Müller, Mühlenpiederlage
Spez. Mehl, Vogelfutter, Sämereien
Matthiasstraße 65

Bäckerei und Konditorei
Oskar Hübner, Rosenstraße 16

Richtung! Erwerblose Richtung!
werden am saubersten und billigsten bedient bei
R. Walter, Friseur, Weinstraße 9

Im Schuhmarkt
Alsenstraße 23
kaufen Sie gut und billig

Reserviert

Milch- und Molkerei-Produkte
empfiehlt Alf. Unger
Michaelisstraße 6

Fritz Dauch, Lederhandlung
Schuhe und Schuhbedarf
Gneisenauplatz 3

Reserviert Str. 20

Max Schütze Nacht, Kurt Fischer
Drogen - Farben - Lacke
Photo-Handlung Klosterstraße Nr. 103

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
Gedr. Scholz
Klosterstraße 53, am Mauritiusplatz

R. & J. Lux
Andersenstr. 2, Leuthenstr. 52, Ofener Straße 82-84
Kolonialwaren

Schuhhaus
Robert Scholz
Breslauer Chaussee 3

Schuhhaus
Schape
Oels, Ring Nr. 16

Fischhaus Ost
Tautenzienstr. 145

Hausfrauen!
Feine Fleisch- und Wurstwaren
H. Knoblich, Mauritiusplatz 3

Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei Otto Banke
Friedrich-Wilhelm-Straße 27, Lange Gasse 58

E. Richter, Likörfabrik
Brieger Straße 10/12

Reserviert

Reserviert

Schnellbesohl-Anstalt
Tautenzienstraße 104, empfiehlt sich

Fleischerei, H. Gawlich
Leuthensstraße 1

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Bruno Nowak, Oderstr. 53

Kauft am Platze

Schuhhaus Fröhlich
Spezialhaus für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße Nr. 85

Hausfrauen!
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei F. Lipka
Tautenzienstraße 159

Fachm. Besohl-Anstalt
E. Mitzke, Anderssenstraße 7

G. Luffig, Breslauer Straße 6
Haus für Herren und Knabenbekleidung
Schuhe

Reserviert

Arbeits-Hosen
bei Malinowitzer
Klosterstraße 23

Hausfrauen!
Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei H. Kaupke
Tautenzienstraße Nr. 184

Jeder Arbeiter kauft seine Backwaren
bei W. Dajoni, Anderssenstraße 22

Karl Roßdeutscher, Breslauer Str. 3
Hüte, Mützen, Herrenartikel

Kauft am Platze

Hausfrauen,
feine Fleisch- und Wurstwaren
bei Adolph Böttig
Grünstraße 28

Reserviert L. 13

Gute Ware, niedrige Preise und 8% Rabatt
bei S. Kügler, Kolonial- u. Tabakw. Pöpelwitz Str. 41

Kaufhaus
Riesentfeld
Ring Nr. 1

Kauft am Platze

Hausfrauen!
Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei Gustav Schmeiche
Tautenzienstr. 145

Reserviert

Fleisch- und Wurstwaren
Eduard Gundlach
Alsenstraße 53, Westendstraße 100, u. Katzbachstr. 5

A. Eitel
Fahrräder, Nähmaschinen
Sprechapparate

Kauft am Platze

Lebensmittel und Molkerei-Produkte
preiswert bei
Marie Hartmann, Fürstenstraße 40

Bäckerei und Konditorei
Emil Menzel
Schwenkfeldstraße 31

Kauf Blumen bei jed. Gelegenheit im Blumenhaus
G. Rau, Alsenstraße 76-77

Arbeiter-Bekleidung
Lieferung ganzer Aussternern
F. Fuhrmann, Ring

Kauft am Platze

Kolonialwaren und Spirituosen
Georg Heimann, Schwenkfeldstr. 32

Fleisch- und Wurstwaren
kauft man billig und gut bei
Joseph Skiebe II
Brigittenhain 15

Hausfrauen!
Feinbackwaren
bei Diana-Drogerie
A. Kleemann 40772

Schuhwaren
und Reparaturwerkstätte nur bei
Kapustic, Ring Nr. 7

Kauft am Platze

Milch-, Molkerei-Produkte empfiehlt
Franke, Hirschstr. Ecke Lehndamm

Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei Joseph Hauer, Paulstraße 14

F. SPERLICH
Bergstraße 14

Reserviert

Kauft am Platze

Mech. Schuh-Reparatur „Stern“
wird bestens empfohlen nur Sternstr. 57

Fleisch- und Wurstwaren gut und preiswert
Heinrich Solarczyk, Wurst-Fabrik
Hedwigstraße 7

Kolonialwaren, Spirituosen
Weine, Zigaretten und Tabake
kaufen Sie gut und billig, bei
Karl Kirste, Trebnitz, Ring 21

Reserviert

Kauft am Platze

Genossen, gut und preiswert
kauft ihr in der Fleischerei und Wurstfabrik
Gustav Beyer, Fürstenstraße 3/5

Reserviert

Kauf Lebensmittel bei
Hellmuth Goy
Lange Str. 48

Alle Lebensmittel bei
E. Ubrich Nachf.
Oderstraße 44

Kauft am Platze

Molkerei-Produkte und Lebensmittel
Robert Böhm
Schwenkfeldstraße 31

Reserviert

Ein sicherer Kummerstiller, ist der gute
MORN von Hiller, Lange Straße 45

Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Eise Meide, August-Feige-Straße 4

Kauft am Platze

Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner

Man kauft gut im
Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstr. 1

Reserviert

Molkerei-Produkte
Baumgart, Fil. Brieger Str. u. Verkaufswag.

Kauft am Platze

Man kauft gut im
Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstr. 1

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Kauft am Platze

Man kauft gut im
Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstr. 1

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Kauft am Platze

Man kauft gut im
Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstr. 1

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Kauft am Platze

Man kauft gut im
Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstr. 1

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Kauft am Platze